

# vorwärts

die sozialistische wochenzeitung.

Retouren:  
Vorwärts  
Postfach 2469  
8026 Zürich

AZA 8026 Zürich



## PdA-Positionen

Der 1. August ist landauf und landab immer wieder Anlass für Standortbestimmungen in Sachen Schweiz. Die Präsidentin der PdA hat im Mai an der Tagung der Parteien des Neuen Europäischen Forums der Linken, NELF, die Schweiz charakterisiert. Hier einzelne Passagen aus ihrem Referat: «Ich komme aus einem Land, wo die Mehrheit der Meinung ist, dass die Reichen mit mehr Einkommen angespornt werden sollen, die Armen hingegen durch weniger Lohn... Die Schweiz ist das Land des Ultra-Kapitalismus, ein Laboratorium im Bereich der Deregulierung der Gesetze: in Bezug auf das (in Europa) flexibelste Arbeitsgesetz, die Gesetze betreffend die Arbeitslosigkeit, die Flüchtlinge, die Frauen. Eines der reichsten Länder der Welt hat nicht einmal eine Mutterschaftsversicherung. Die obligatorische Krankenversicherung ist ausschliesslich in privaten Händen. Familien mit einem bescheidenen Einkommen müssen bis zu einem Drittel davon für die Prämien hinblättern... Die Privatisierung der öffentlichen Dienste geht schneller vor sich, als die in der EU vorgesehene Deregulierung: die Post, die Bundesbahnen, die Elektrizitätsversorgung sind im Begriff privatisiert zu werden, das Schul- und Gesundheitswesen sind von der Privatisierung bedroht. Auf zehn arbeitende Personen lebt eine unter der Armutsgrenze. Man schätzt, dass ein Sechstel der 7,3 Millionen EinwohnerInnen auf Sozialhilfe angewiesen ist.»

CHRISTIANE  
JAQUET-BERGER

## Genua: Freude, Wut & Ohnmacht

wa. «Wir haben gewonnen. Wir dürfen uns nicht spalten lassen». Diesen Appell richtete Fausto Bertinotti an die auf der Piazza Kennedy versammelten KämpferInnen gegen die Grossen 8, als die Nachricht von der kaltblütigen Erschiessung von Carlo Giuliani eingegangen war. Genua – das war ein Karussell der Stimmungen. Hier die Freude über die Niederlage der Herrschenden. Dort die Wut und die Ohnmacht angesichts der Schläge, mit denen diese Herrschenden ihr Debakel zu kaschieren versuchen. Und das Wissen darum, dass der Bewegung schwierige Zeiten bevorstehen.

50000 an der Auftakt-Demonstration am Donnerstag für offene Grenzen. 150000 bei der «Belagerung» der in der roten Zone eingeschlossenen Staatsschefs am Freitag. 300000 an der Grossdemonstration am Samstag. Was das im «Genoa Social Forum» vereinigte Bündnis und die aus aller Welt angereisten GegnerInnen des Ausbeutersystems am vergangenen Wochenende in Genua gezeigt haben, ist sensationell. Seattle ist in Europa angekommen. In tiefroten (und rotschwarzen) Farben. Eine antikapitalistische Massenbewegung, fest verankert in der italienischen Gesellschaft. Sie hat die globale Agenda im Juli des Jahres 2001 bestimmt. Eine Massenbewegung, die – vielleicht – den Stab der revolutionären ArbeiterInnenbewegung des letzten Jahrhunderts aufgreifen kann.

Die 300000 waren in eine verlassene Stadt gekommen. Die Patrons hatten die Lohnabhängigen der ligurischen Hafenstadt in die Zwangsferien geschickt.

Die für die Staatschefs errichteten Gitter schlugen eine tiefe Wunde in die Stadt. Die Beizen mussten schliessen, weil keine Waren mehr angeliefert wurden. Es wäre ein Ding der Unmöglichkeit gewesen, die Infrastruktur des Widerstand zu organisieren, wenn die Solidarität der Einheimischen nicht voll funktioniert hätte. Am Donnerstag meldeten die KoordinatorInnen des Genoa Social Forum (GSF), dass 20000 Schlafplätze fehlen. Am Freitag war auch dieses Problem irgendwie gelöst.

Möglich war dies, weil die italienische Linke die in den Kämpfen der 70er-Jahre aufgebrochenen Spaltungen überwunden hat. Das Genoa Social Forum vereinigt all jene, die sich nicht mit den herrschenden Verhältnissen abfinden. Die Belagerer der G8 kamen sowohl aus den «autonomen» Centri Sociali, als auch dem pazifistischen «Rete Liliput». Parlamentsabgeordnete von Rifondazione Comunista rüsteten sich zu-

«Fuck the Police». Polizeihelikopter und Strassenszene an der Demonstration der 300000 am vergangenen Samstag in Genua – kurz vor dem Tränengasüberfall der Carabinieri auf die Massenbewegung.

Foto: Philippe Kropf

sammen mit den kämpferischen GewerkschafterInnen der «Cobas» gegen die Hiebe der Carabinieri. Die Einheit in der Vielfalt war der Schlüssel zum Erfolg. Eine Einheit, die nicht zuletzt dank der solidarischen Arbeit tausender von jungen und alten Kommunistinnen und Kommunisten möglich wurde.

Schon am Donnerstag mussten die Mächtigen geschockt zur Kenntnis nehmen, dass ihre Hetze die Bewegung noch stärker gemacht hatte. Sie antworteten darauf mit dem, was die ItalienerInnen als «Strategie der Spannung» kennen. Kleine Anschläge wurden zum Vorwand genommen, die Massenbewegung unter Terrorismusverdacht zu setzen. Die Medien wurden gleichgeschaltet, um das Gift der Hetze in der Bevölkerung zu verbreiten. Agents Provocateurs traten mal als Sanitäter, mal als Journalisten, mal als schwarze Street-Fighter auf, um Unruhe zu stiften. So schaffte man die Bedingung, um zuschlagen zu können. Am Freitag wurden Aktionen einzelner Gruppen – der «popoli neri» – zum Vorwand genommen, um wahllos auf die diversen Demonstrationzüge einzuschlagen. Die PazifistInnen, die am Vortag noch mit weiss angemalten Händen durch die Stadt gezogen waren, wurden an die Wand gestellt. Und den «tute bianche» – Symbol «gewaltfreier» Militanz – trat man mit Schusswaffen entgegen. Es ist kein Zufall, dass der von einem Carabinieri kaltblütig erschossene Carlo Giuliani an der Via Caffa starb, dort wo kurz zuvor – weit ab von den Gittern der «roten Zone» – die «tute bianche» in eine heftige Konfrontation mit Polizei und Militär geraten waren.

Es war auch kein Zufall, dass die Polizei tags darauf die Demonstration der 300000 mit einer wahren Tränengasorgie überfallen hat. Als das erste Drittel des Demonstrationzuges die Strandpromenade verlassen hatte – just zu dem Zeitpunkt, als die nationale Leitung von Rifondazione Comunista die heikle Stelle in der Nähe des Zentrums der G8-GegnerInnen passierte – schossen die Carabinieri ihr Gas vom Boden und aus der Luft in die Demo. Das Regime konnte die Demonstration nicht laufen lassen. Die Niederlage der Herrschenden wäre total gewesen, wenn die beispiellose Mobilisierung nicht hinter den Bildern von Strassenschlachten versteckt worden wäre.

Als es darum ging, mit chilenischen Methoden gegen eine Massenbewegung vorzugehen, zögerte der mit neofaschistischen Ministern regierende Berlusconi keine Sekunde. Am Abend zuvor hatte der Führer der Neofaschisten am Staatsfernsehen den Tarif durchgegeben, als er Fausto Bertinotti, Sekretär von Rifondazione Comunista und Parlamentsabgeordneter, unter Terrorismusverdacht stellte. Am Tag danach war in den Zeitungen zu lesen, dass die in Genua am Widerstand beteiligten alles Kriminelle seien. Und am Abend – als die meisten der 300000 schon aus Genua abgereist waren – überfielen die Sicherheitskräfte das Hauptquartier des «Genoa Social Forum» und das unabhängige Medienzentrum, zerstörten Bilder, Testimonials über die Polizeigewalt, Aussagen von Verletzten und Namenslisten von Verhafteten.

Was bleibt? Das Wissen, dass die sogenannte Antiglobalisierungsbewegung in Genua einen grossen Schritt nach vorn gemacht hat. Die Erkenntnis, dass in den künftigen Mobilisierungen die Einheit in der Vielfalt weiterentwickelt werden muss. Und die Erfahrung, dass das Gespenst des Faschismus nicht in der Gestalt von Neonazis, sondern in der Form einer delegitimierten und deshalb umso entfesselter agierenden Staatsmacht zurückkehren kann. Die Diskussion, wie mit dem Wissen um diese Gefahr umgegangen werden soll, hat in Italien schon begonnen. Am Dienstag fanden im ganzen Land Demonstration für die Verteidigung der Grundrechte statt. Gleichzeitig werden jene Kräfte scharf kritisiert, die sich mit ihrem Abseitsstehen vom GSF im Vorfeld isoliert hatten – und die mit ihren Aktionen am Freitag und Samstag der Staatsmacht in die Hände spielten.



## Klima im Angebot

In Bonn war Showtime angesagt. Hunderte von RegierungsvertreterInnen und einige NGOs wetteiferten beim Ökospiel ohne Grenzen um Prozentpunkte. 3 oder 5,2 Prozent CO<sub>2</sub>-Ausstoss-Senkung, da ein Wäldchen anrechnen oder nicht... Der Gewinn des Wettkampfes ist ein Abkommen, an das niemand glaubt. Showtime 1992 in Rio, 1997 in Kyoto und 2001 in Bonn lenken ab vom Wesentlichen. Die kapitalistische Entwicklung der Weltwirtschaft zerstört unsere Lebensgrundlagen, die sozialdemokratischen und bürgerlichen Politiker reden es schön, die Allgemeinheit zahlt die rund 300 Milliarden an jährlichen Folgekosten und einige wenige Reiche verdienen sich an der Zerstörung eine goldige Nase. Und nicht nur die Minimalziele von Kyoto und Bonn sind angesichts der drohenden Zerstörung absurd, auch die vorgesehenen Mittel, diese Ziele zu erreichen. Dank Kyoto-Abkommen soll es neu ein Handel mit «Emissionsrechten» geben oder besser Wertschriften für Umweltzerstörung. Die reichen Länder, Grossverschwender an Energie und Hauptverantwortliche der Zerstörung (die USA verursacht ein Viertel des CO<sub>2</sub>-Ausstosses auf der Welt) dürfen dann den armen Ländern ein paar ungenutzte Wertschriften für Luftverschmutzung abkaufen und können sich mit «Clean Development Mechanism» ihre «ökologische Entwicklungshilfe» in ihrer Buchhaltung über Umweltzerstörung anrechnen lassen. Die Umweltzerstörung wird dank Klimakonferenz käuflich. Ein lukrativer Handel mit der kapitalistischen Barbarei.

URS DIETHELM

### Impressum

HERAUSGEBERIN:  
Verlagsgenossenschaft Vorwärts, PdAS und ihre Deutschschweizer Sektionen. Postfach 2469, 8026 Zürich. PC: 40-19855-7. Jahresabo: 160.-, reduziert (AHV, Stud.) 110.-  
REDAKTION:  
Vorwärts, Postfach 2469, 8026 Zürich, Telefon 01 241 66 77, Fax 01 242 08 58 e-mail: vwzh@smile.ch.  
Walter Angst (wa), Irene Keel (ike), Stefan Wyss (ste), Siro Torresan (sit).

BÜRO BASEL:  
Urs Diethelm (ud), Vorwärts, Güterstrasse 122, 4053 Basel. Telefon: 061 361 01 20, e-mail: udi2@bluemail.ch

BÜRO BERN:  
Vorwärts, Postfach 8701, 3001 Bern.

KULTUR:  
Elvira Isenring (eis), e-mail: elviraisenring@hotmail.com

ABONNEMENTE:  
Milna Nicolay, Büro Zürich (Donnerstag 14 bis 17 Uhr, Tel 01 241 77 22)

DRUCK:  
Coöpérative d'Imprimerie, Genf

## Italienische Einsichten

Bilder der Verwüstung und der Gewalt prangten auf den Titelseiten der bürgerlichen Medien in Italien. Die berlusconinahe Presse tat alles, um eine der grössten und erfolgreichsten Massendemonstrationen der Geschichte Italiens in ein schräges Licht zu rücken. Wer etwas Menschenwürde oder Trauer für den Tod von Carlo Giuliani erwartet hatte, sah sich getäuscht. «Il Giorno», die hauseigene Tageszeitung von Ministerpräsident Berlusconi, zeigte auf der Titelseite in einer farbigen Nahaufnahme den blutüberströmten Kopf des ermordeten 23jährigen und titelte: «Jetzt hat auch die Antiglobalisierungsbewegung ihren Märtyrer». Ins gleiche Horn blies «Libero». In der von Veltri, einem Busenfreund Berlusconis gegründeten Tageszeitung, las man in der Sonntagsausgabe: «Sono solo criminali» (Es sind nur Kriminelle). Diese schamlose Diffamierung von über 300 000 Personen reichte dem Chefredaktor Veltri aber nicht. Im Titel eines weiteren Artikels auf der Frontseite lief er zu Höchstform auf: «Darum war es richtig zu schiessen». Der Angriff war auf den Vater des verstorbenen Carlo gemünzt, der sich über die Gewalt des Staates beklagt hatte. Veltri beschuldigte ihn einer schlechten Erziehung und machte ihn für den Tod des Sohnes verantwortlich. Kaum zu glauben aber wahr!

Mit Wut und Entrüstung beklagte die linke Tagespresse den Mord an Carlo Giuliani und nannte die Dinge beim Namen: «G8 Assassina» (G8 – Mörder) titelte «Liberazione», die Tageszeitung von Rifondazione Comunista und mit «Grandi Omicidi» (grosser Mord) doppelte das kommunistische «il manifesto» nach. Für beide Zeitungen passt der Tod von Giuliano in die den 70iger- und 80iger Jahren betriebene und von der Regierung Berlusconis offensichtlich wieder hervorgekommene «Strategie der Spannung» ein. Auffallend war auch die klare und eindeutige Abgrenzung zum «Black Block». So schreibt «il manifesto»: «Diese Unbekannten vom Schwarzen Block haben das Gipfeltreffen in keiner Art und Weise gestört. Ganz im Gegenteil: sie haben all diejenige genervt, die mit anderen Mitteln und viel weniger Gewalt protestieren und ungehorsam sein wollten.»

## Marx lesen, Marx diskutieren

Die Neue PdA wiederholt ihren sechsteiligen Bildungskurs für Mitglieder und politisch Interessierte. Die Beschäftigung mit Marx wird an Hand einiger Begriffe erfolgen, die auch heute noch von grosser Aktualität sind: Arbeit, Ausbeutung, Klasse, Ideologie und Utopie. Dabei geht es nicht um eine dogmatische Begriffsvermittlung. Vielmehr sollten die Teilnehmenden bereit sein, ausgewählte Texte zu lesen und sich über Probleme, Fragen und Widersprüche auszutauschen. Die Auseinandersetzung mit den Texten von Marx und Engels soll ihre Arbeitsweise und Methode in ihren historischen Zusammenhängen beleuchten. Zudem sollen aktuelle Probleme und Erscheinungen des Kapitalismus (z.B. «Globalisierung») vor dem Hintergrund dieser Arbeitsweise diskutiert werden. Der Bildungskurs richtet sich sowohl an «AnfängerInnen» wie an «KennerInnen». Die gelesenen Texte werden jeweils kurz eingeführt und in ihren historischen Kontext gebracht.

Anmeldung: Der Kurs findet 14tägig am Donnerstag statt. Er beginnt am 23. August und endet am 1. November. Kosten: Fr. 50.- / 20.- für Nichtverdienende. Informationen: Neue PdA, Postfach, 4002 Basel, Tel. 061/272 52 90, e mail pda.basel@pda.ch

# Italienischer Protest: Avanti popolo, Bandiera rossa!

Matthias Hauser. In der Wut über die Verbrechen der Polizei und dem Zorn über die Ignoranz der hiesigen Medien geht beinahe vergessen, was man in Genua auch erleben konnte: eine eindruckliche Protestkultur.

Kämpferisch, solidarisch, friedlich. Hier vermischten sich Widerstandsformen, die von der internationalen «Antiglobalisierungsbewegung» hervorgebracht wurden, mit einer linken Kultur, wie man sie (leider) nur in Italien antrifft. Im folgenden einige Schlaglichter auf Ereignisse der Demo-Tage, die im Hype über die nachfolgende Gewalt aus der medialen Aufmerksamkeit verdrängt worden sind.

DONNERSTAG, 19. JULI, SPÄTABENDS. Eine Schalmeyenmusik spielt «Bandiera rossa». Hunderte singen mit, liegen sich in den Armen, Fäuste werden in die Höhe gestreckt: «Viva il comunismo e la libertà!» Wir sind im Convergence-Center, dem grossen Protestzentrum unten am Hafen. Hinter uns liegt die erste Demo, über 50 000 waren auf der Strasse. Die Demo war ein Erfolg, deshalb die ausgelassene Stimmung und die unstillbare Lust auf Bier. Eine Mischung aus Volksfest und Luzerner Fasnacht – nur viel besser. Die Leute stehen auf den Bänken und Tischen, kommunistische Fahnen werden geschwenkt, «Genova libera» wird skandiert. Immer wieder frenetischer Applaus für einzelne Produktionen, die Berlusconi und den Papst auf die Schippe nehmen. Es wird der einzige Abend gewesen sein, an dem so gefeiert wird. Am folgenden Tag werden ganze Demonstrationssäue im Tränengasnebel erstickt. Carlo Giuliani wird sterben.

FREITAG, 20. JULI, MITTAGS. Auf dem riesigen Platz des Convergence-Centers sammelt sich ein bunter Haufen zum «Pink-Marsch». Englische Hippies, deutsche AnarchosyndikalistenInnen, Leute der Peoples Global Action, KommunistInnen, bewegte StudentInnen, PazifistInnen und viele andere mehr, zusammen sind es vielleicht 5000. Die allermeisten stammen aus Italien. Der Freitag ist Aktionstag. Die verschiedenen Tendenzen der Genueser Protestgemeinde veranstalten heute ihre eigenen Demos. Insgesamt wird von sechs verschiedenen Plätzen aus mobilisiert. Jede Demo soll ihren eigenen Charakter entfalten. Gemeinsam ist die Absicht, in die Rote Zone einzudringen und den Gipfel zu verhindern. Angesichts der gewaltigen Gittermauer und der Innenstadt und des enormen Repressionspotentials haben solche Absichtserklärungen allerdings nur noch symbolischen Wert. Das Spiel mit der Symbolik wird am «Pink-Marsch» perfekt inszeniert. Dem Grau der Herren, die sich in der Sperrzone zu ihrer Kaviarkonferenz verschanzt haben, wird mit Buntheit geantwortet. Den brachialen Kordons der

Polizei wird die Kraft von Pfeifen, Trommeln und Stimmen entgegengeschleudert. Ihren Waffen und Schlagstöcken werden weiss bemalte Hände entgegengestreckt. Es ist jener Demozug, der es am weitesten schafft, bis an jene Gitter der Zona rossa, die nur wenige hundert Meter vom Konferenzort entfernt liegen. Es wird skandiert: «El pueblo unido, jamas sera vencido!» Als symbolische Versuche unternommen werden, die Absperrung niederzureissen, fährt ein Wasserwerfer auf. Die Demo wird mit beissendem Tränengas auseinandergetrieben, die Leute den Hang hinauf gehetzt. Später werden PazifistInnen der «Rete Liliput» eingekesselt und an die Wand gestellt. Viele sind sehr jung, vielleicht um die 16. Der Reihe nach werden sie brutal niedergeknüppelt.

FREITAG, 20. JULI, 16 UHR. Wir gelangen beim Bahnhof Brignole an den Demozug der Tute Bianche. Er war beim Sportplatz Carlini in einem Aussenbezirk Genuas gestartet und umfasst mittlerweile – nach einem mehrstündigen Marsch – gegen 20 000 Leute. Der Zug ist blockiert. An der Front knüppeln blindwütige Polizisten, andere feuern eine Tränengaspetarde nach der andern. Die Tute Bianche haben einen ausgezeichneten Demoschutz. Deshalb können sie den massiven Angriffen während zweier Stunden standhalten. Vorne sorgen mehrere Quadratmeter grosse Kunststoffschilde für einen ersten Schutz. Zudem sind die Leute in den ersten Reihe mit selbstgebastelten Rüstungen aus Petflaschen und Schwimmwesten bekleidet, sie tragen Helme und Gasmasken. Obwohl sich vorne massive Auseinandersetzungen ereignen, fühlt man sich bereits 200 Meter weiter hinten in relativer Sicherheit. AnwohnerInnen solidarisieren sich mit der Demo, indem sie Wasser reichen. Vom Demotruck wird man über eine starke Lautsprecheranlage regelmässig informiert, auch auf deutsch. Die Demo wird von hier aus gut koordiniert, für Ablösungen an der Spitze gesorgt. Als die Polizeiangriffe immer massiver werden und die Breschen an der Front immer grösser, wird ein geordneter Rückzug organisiert. Die Stimmung beginnt zu kochen, als bekannt wird, dass an einer Nebenpiazza Schüsse gefallen sind. «Assassini, Assassini!» Gleichzeitig beginnt die Polizei, die Demo immer mehr vor sich her zu hetzen. Nur mit grösster Mühe kann eine Massenpanik mit möglicherweise mehreren Toten vermieden werden. Die Hunde sind los, der entfesselte Polizeiterror hat begonnen.

## Beugehaft im Reisebus

ud. Anlässlich der Demonstration in Genua wurde nicht «nur» das Demonstrationsrecht ausgehebelt. Auch Reisefreiheit und Datenschutz blieben auf Verdacht hin auf der Strecke. Die EU rüstet innenpolitisch auf.

Zuerst an der Autobahn, dann in der Polizeistation am Brennerpass wird der Reisebus der Wiener Studentenvertretung und der Jusos mit ihren 55 InsassInnen während elf Stunden festgehalten. Nur jeweils zwei Personen dürfen für die Toilette und das Rauchen den Bus verlassen. Am Nachmittag dürfen wir nach längerer Auseinandersetzung vor dem Bus in den Hof der Grenzpolizei sitzen. Bewacht werden wir die ganze Zeit von rund zwanzig Polizisten. Nach zehn Stunden wird allen mitgeteilt, dass wir wegen Gefährdung des italienischen Staates wieder nach Österreich abgeschoben werden. Grund: Im Bus wurde eine Eisenkette mit Handschellen und ein Wanderstock sichergestellt. Der Bus wurde schon vorher von der österreichischen Polizei eskortiert, vom deutschen Grenzschutz während vier Stunden festgehalten und die ZusteigerInnen in Innsbruck einer Untersuchung unterzogen. Dem Vorwärtsjournalisten wird mehrmals handgreiflich mit der Zerstörung der Bilder oder der Kamera gedroht, wenn er die Polizeiaktion fotografisch festhält. Berichte von zahlreichen anderen Reisenden bestätigen den Eindruck, dass in einer koordinierten Aktion die europäischen Polizeien die Anreise nach Genua verhindern und behindern wollten.

Das Ganze lässt sich nicht als Profilierungsaktion der übereifrigen Grenzbeamten in Bolzano abtun. Die EU-Innenminister haben vor zwei Wochen die Massnahmen gegen die Grossdemonstration in Genua vereinbart. Dazu gehört die grenzübergreifende enge Zusammenarbeit und der grosszügige Austausch von Daten über PolitaktivistInnen, ob sie vorbestraft sind oder nicht. Berichtet wird, dass an der italienischen Grenze ein Deutscher abgewiesen wurde, weil er vor 28 Jahren an einer Demonstration für die Gefangen der RAF teilnahm. Auch Ruth Metzler hat die Daten aus der Schweiz weitergeleitet.

Noch einen Schritt weiter ging der SP-Innensenator von Berlin, als er folgendes bekanntgab: «Es gibt kein Recht auf Ausreise». Über sechzig deutschen PolitaktivistInnen wurde erstmals eine Meldepflicht verhängt. Sie mussten sich am Samstag an ihrem Wohnort bei den Behörden melden, um zu beweisen, dass sie nicht in Genua an der Demonstration teilnehmen.

Vorwärts next: 10. August 01

# «Sie wollen die Bewegung zerstören»

ike, Genua. Berlusconi hat für den G8-Gipfel tief in der Mottenkiste gewählt. Die «Strategie der Spannung», bekannt aus den 70er-Jahren, sollte helfen, der Gipfelstürmerei ein Ende zu setzen. Zerstört wurde bei einer grossen Mehrheit der Genoveser Bevölkerung der Glaube an den letzten Funken Demokratie. Ein Stimmungsbericht von den angespannten Tagen in einer rechtlosen Stadt.

Genua, Dienstag 17. Juli, Vormittag. Drei Tage vor der Ankunft der Grossen Acht, ein Tag bevor die Innenstadt zur unüberwindbaren Festung wird, bietet sich in der Altstadt Genuas ein sonderbares Bild: Ein Heer von Kommunalpolizisten, Carabinieri und Beamten der Finanzpolizei scheint sich die ligurische Hafenstadt unter den Nagel zu reissen. Bauarbeiter, Maler und alle möglichen anderen Handwerker treffen die letzten Vorbereitungen. Bis in die späte Nacht hinein ist die Innenstadt einzig von Polizei und Strassenarbeitern bevölkert, die den Sitzbänken an der Promenade einen neuen Anstrich verpassen, den Gehsteig der Via Gramsci mit neuem Pflaster versehen, die eingerüsteten Fassaden in der Nähe des Palazzo Ducale mit Transparenten aufgemalter Palazzi überziehen, Sperrgitter rund um das Hafenbecken montieren. Die «Stazione Maritima» erstrahlt im Glanz unzähliger Lichter, die «Excelsior», die «Splendid» und die «Fantastic» ankern majestätisch in der über die Jahre heruntergekommenen Hafenanlage. Vom Festland aus bleibt der Blick darauf von meterhohen Wänden versperrt, die ankünden, dass Genua sich für das Jahr 2004, in dem sie als Kulturhauptstadt der Welt amtiert wird, «più bella» mache.

Tatsächlich: Das Stadtbild Genuas ist nach dem Gipfel nicht wieder zu erkennen. «Zero Tolerance» für Siff und Chaos. Kein Stäubchen liegt am Boden, die übliche, liebgewonnene italienische Unordnung ist schweizerischer Sauberkeit gewichen. Nichts soll die Augen der exklusiven Gesellschaft stören, für die die Hafenstadt in eine Festung verwandelt wurde. Nicht die üblicherweise herausgehängte Wäsche – das hatte Berlusconi kurzerhand untersagt. Nicht das Fussvolk – es hatte ob den unangenehmen Einschränkungen zu tausenden das Weite gesucht. Nicht die Beschäftigten in Läden und Restaurants, die zwangsbeurlaubt worden sind. Und am allerwenigsten natürlich die DemonstrantInnen, die zu hunderttausenden kommen sollten. Für sie wurde die «Zona Rossa» errichtet, «no go area» für alle, die nach Ansicht der Behörden keinen zwingenden Grund haben, sich dort aufzuhalten.

## Genua Geisterstadt

Am Donnerstag scheint die Stadt wie ausgestorben. Kaum ein Mensch auf der Strasse. Von den rund 700 000 EinwohnerInnen haben mindestens 200 000 die Stadt verlassen – das konnte am sinkenden Milchkonsum abgelesen werden. Kaum eine Bar, kaum ein Laden, der es nicht vorgezogen hat, die Betriebsferien auf diese Woche zu verlegen. Aus Angst, aber auch, weil die Lieferanten ihre Arbeit eingestellt haben. Die BewohnerInnen der Zona Rossa stellen nurmehr eine Art Manövriermasse, ein lästiges Übel für die Grossen Acht und ihren Tross dar, deren ergebnisloses Stelldichein über die Bildschirme in alle Welt flimmern wird. Die Bahnhöfe bleiben geschlossen, einzig Spezialzüge mit Globalisierungs-GegnerInnen werden eingelassen.

Für drei Tage finden sich ausserhalb der roten Zone nurmehr drei Kategorien von Menschen in der Stadt: Die DemonstrantInnen, der Zahl bis am Samstag die 300 000er Schwelle überschreiten wird; die 20 000 Polizistinnen und Polizisten; und die JournalistInnen, die ebenfalls zahlreich aufmarschiert sind. In und um die rote Zone breitet sich eine geradezu beklemmende Stimmung aus, die besonders in der Nacht mit Händen zu greifen ist. Die passierbaren Strassen des historischen Stadtkerns sind menschenleer, die Polizeikontrollposten hinter den Zäunen verleihen der beängstigenden Szenerie eine surreale Note. Unwillkürlich tauchen Bilder aus dem Italien Mussolinis vor dem inneren Auge auf, wird greifbar, was es bedeutet, in einem Polizeistaat zu leben.

«Faschisten», sagen Leute auf der Strasse. Der Missmut der AnwohnerInnen über ihre Fremdbestimmung ist gross. Die massive Polizeipräsenz schlägt sich bereits nach einem Tag Aufenthalt in der belagerten Stadt in einem grossen Unbehagen nieder. Nicht einmal die mediterrane Küche vermag zu schmecken. Von den Blicken der allgegenwärtigen Carabinieri ausgezogen fühlt frau sich am Abend splinternackt. «Beim Foltern», sagt eine in der Schweiz lebende Chilenin unvermittelt, «ziehen sie einem als erstes die Kleider aus». Die Parallele zu Pinochets Chile sollten Tage später auch die Verantwortlichen vom «Genoa Social Fo-

rum» ziehen – und die Links- und Mittellinks-ParlamentarierInnen, die die sofortige Demission von Innenminister Scajola fordern.

## Exekution aus «Notwehr»

Die Demonstration der MigrantInnen am Donnerstag, an welcher über 50 000 Menschen teilnehmen, wird von einem Grossaufgebot von Grenadieren begleitet. Die ausserordentlich farbige und ausgelassene Demo verläuft wie erwartet friedlich. Sie stösst auf grosse Sympathie in der Bevölkerung. Am Freitag, dem Aktionstag zivilen Ungehorsams, scheint die Stimmung jedoch zu kippen. Neben verschiedenen Aktionsseinheiten, die sich daran machen, die rote Zone mit ohrenbetäubendem Lärm, phantasievollen Aktionen oder der schlichten Präsenz einer grossen Masse zu belagern, kommt es bereits am frühen Nachmittag zu Krawallen, die hunderte von verletzten DemonstrantInnen fordern, einige von ihnen schweben in Lebensgefahr. Der dramatische Höhepunkt: Die Hinrichtung von Carlo Giuliani. Minutenlang, so belegen Videoaufzeichnungen, hat der Mörder im Polizeijep seine Dienstwaffe nach draussen gerichtet – und dann abgedrückt, als Giuliani den Jeep mit einem Feuerlöscher angreifen wollte. Anschliessend wurde seine Leiche vom Jeep überrollt.

Die gezielte Ermordung Giulianis erfolgte gemäss offizieller Version «aus Notwehr». Zahlreiche Polizisten klatschten Beifall, als sie die Nachricht erreichte. Eine bleierne Schwere senkt sich über die Protestierenden – Betroffenheit und Verunsicherung sitzen tief. «Assassini, Assassini» sollte die meistskandiertere Parole sein an den Protesttagen gegen das Gipfeltreffen der G8.

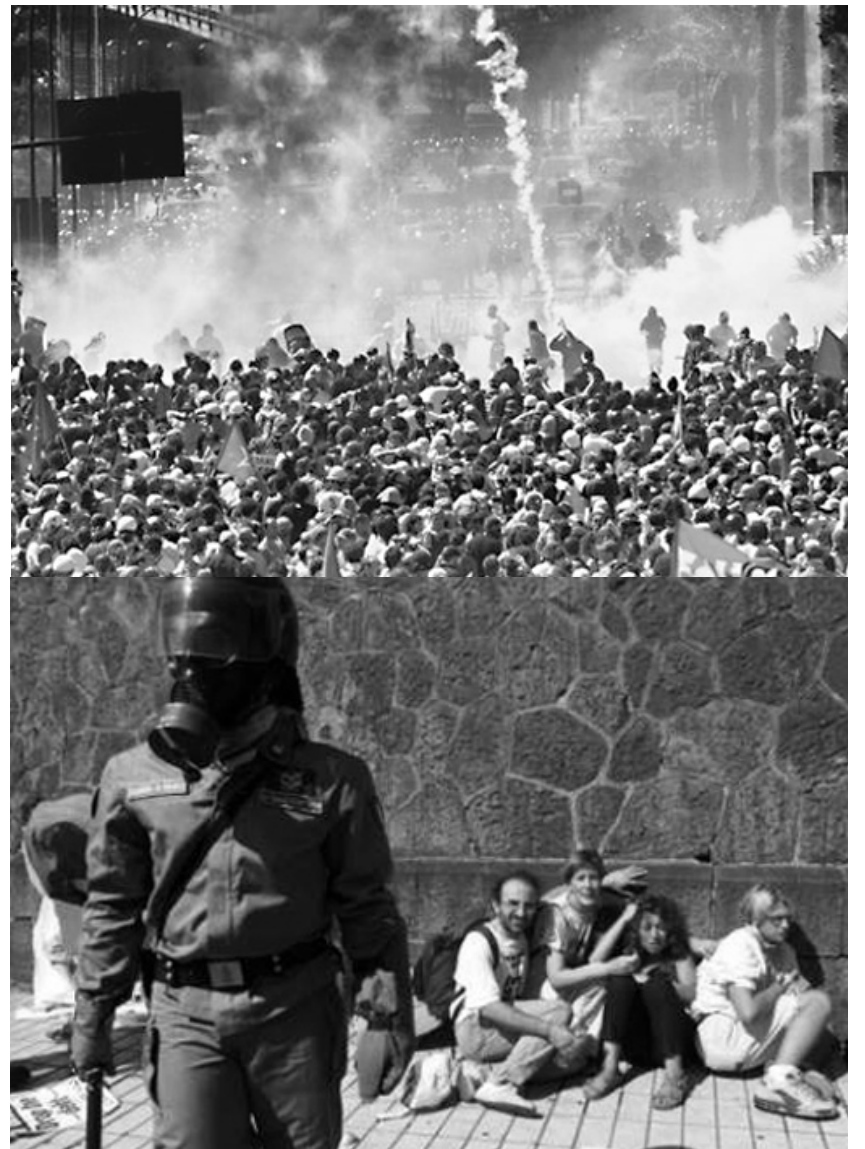
Das Genoa Social Forum (GSF), Organisatorin der Proteste, findet am Abend im Plenum vor tausenden von AktivistInnen klare Worte: «Sie wollten ihn umbringen. Sie wollen die Anti-Globalisierungsbewegung zerstören. Aber wir werden morgen trotzdem demonstrieren». Es wird zur friedlichen Demonstration aufgerufen, um der Polizei keinen Grund zu liefern, derart massiv wie am Freitag anzugreifen. Diese aber hat schon entschieden. Die «Strategie der Spannung» wird auch am Samstag an der Massendemonstration fortgesetzt.

Mit Dutzenden von Provokateuren führt die Polizei am Samstag Konfrontationen herbei, wo sich diese nicht von selbst entwickeln, setzt alles daran, dass sich die «Clashes» auf die ganze Demo ausweiten. Schnell wird ein neues Feindbild konstruiert: Das Medienkonstrukt des «Black Block» ist auch in Italien angekommen. Man nennt die Leute – in Anlehnung an die «tute bianche» – die «tute nere». Sie sollen die brachiale Gewalt der Polizei rechtfertigen, mit der diese gegen die ganze Bewegung vorgeht. Tausende von friedlich demonstrierenden Leuten werden in der Folge blockiert, massiv mit CS-Gas beschossen und über die Felsen, den Strand, durch das Wasser gehetzt, wo sich einige schwere Verletzungen zuziehen. Ohne Unterlass ziehen Polizeihelikopter ihre Kreise, die Küste wird von Dutzenden von Polizeibooten abgeriegelt, Tränengaspetarden sausen auf die Fliehenden nieder. Es herrscht Krieg in Genua.

## Polizeigewalt: Folter und Massaker

Dann am Abend das Massaker, von dem an der Pressekonferenz des GSF am Sonntag gesagt werden wird, dass man solches seit Chile unter Pinochet nicht mehr erlebt habe. Kurz nach Mitternacht stürmen hunderte von Polizisten die Scuola Diaz an der Via Cesareo Battisti. Zwei Gebäude dienen dort dem GSF als Hauptquartier. In ihnen ist auch das unabhängige Medienzentrum von Indymedia untergebracht. Einigen AktivistInnen dienen die Räume als Unterkunft.

Wie eine Horde von der Leine gelassener Blut Hunde schlagen die Polizisten kurz und klein, was sie vorfinden. Von den an die hundert Verhafteten sind über die Hälfte verletzt worden, viele davon schwer. AnwältInnen und JournalistInnen wurde der Zutritt verweigert. Noch am Tag danach zeugen die mit Blut verspritzten Räume und die demolierte Inneneinrichtung, darunter die systematisch zerstörten Computer der Demokratischen JuristInnen, vom nächtlichen Blutbad, dessen Ziel gewesen sei, Leute vom «Black Block» zu verhaften. Bei den in «grosser Zahl» vorge-



fundenen Waffen, welche von der Polizei präsentiert werden, handelt es sich zu einem grossen Teil um Sackmesser, Fahnenstangen, Fotoapparate, Tarnkappen und Schwimmbrillen.

Berichte von willkürlichen Verhaftungen von AktivistInnen, die in Gruppen unterwegs sind, Zeugenaussagen vom willkürlichen Zusammenschlagen von Leuten auf der Strasse, treffen kontinuierlich ein. Seit Samstag ist ebenso von systematischer Folter in den Gefängnissen die Rede. Betroffene berichten, wie sie stundenlang mit erhobenen Händen stehen mussten – wer nicht mehr konnte, wurde verprügelt, auch die Schwerverletzten. Wer das Glück hat, vor der Verhaftung von der Ambulanz abtransportiert zu werden, wird spätestens nach der Behandlung im Spital verhaftet. Einige Leute, die eine Operation dringend nötig gehabt hätten, werden gleich beim Eintritt ins Krankenhaus von der Polizei mitgenommen. Tränengas wird in überfüllte Gefängniszellen gesprüht. Das Zeigen von Mussolinibildern, der einigen Verhafteten auferlegte Zwang, «viva il duce» zu schreien, lassen keine Zweifel offen, um was es sich hier handelt.

## Genua vergisst nicht

Am Sonntagabend wird die Festung um das Hafenbecken mit Trennscheiben und Kränen abgebaut. Die Stadt gehört wieder der Bevölkerung von Genua, die zahlreich in die Stadt strömt. Am Tag danach scheint der Alltag wieder in die ligurische Hauptstadt einzukehren. Ein Trugbild: Genua vergisst nicht so schnell. 20 000 Menschen, grösstenteils GenoveserInnen, beteiligen sich am Dienstag an der Protestkundgebung gegen die Polizeigewalt und das Italien Berlusconis, das bei der ersten sich bietenden Gelegenheit sein faschistisches Antlitz gezeigt hat. Hunderttausende beteiligen sich an den Protestdemonstrationen in ganz Italien, tausende im Ausland. Sie gedenken dem ersten Todesopfer der jungen Anti-Globalisierungsbewegung. «Genova ha capito», titelt die «Liberazione», Tageszeitung von Rifondazione Comunista, am Tag danach: Der «Black Block», das sind die Regierung und deren Schergen, das sind die acht Staatspräsidenten, die ihren Gipfel ohne mit der Wimper zu zucken weitergeführt haben, als bekannt wurde, das Carlo Giuliani kaltblütig ermordet worden ist.

Chilenische Verhältnisse. Tränengasüberfall auf Massendemonstration. Polizeieinsatz in Genua. Fotos: «azione globale dei popoli», [www.ecn.org/agp/index1.html](http://www.ecn.org/agp/index1.html)

## Fundamentalismus und Scheinheiligkeit

Über 173 000 Unterschriften haben die GegnerInnen gegen die vom Parlament am 23. März verabschiedete Fristenlösung gesammelt und eingereicht. 30 Jahre nach dem die neue Frauenbewegung das Recht der Frauen auf straflose Schwangerschaftsunterbrechung erkämpft haben, kann die Frauenbewegung heute nur eine schlechte Fristenlösungsvorlage des Parlamentes gegen ein fundamentalistisches Abtreibungsverbot verteidigen.



«Stopp die Fristenlösung»: AbtreibungsgegnerInnen bei der Referendumseinreichung im Juni 2001.

Nach dem heute geltenden Strafgesetz ist die Abtreibung strafbar, ausser die Gesundheit und das Leben der Frau ist gefährdet (Art 118 bis 120 StGB). Die Gefährdung der Gesundheit wird heute in der Praxis von Kanton zu Kanton unterschiedlich ausgelegt, so dass eine Abtreibung in den städtischen Zentren möglich, in einzelnen Kantonen faktisch vollständig verboten ist. Die SP-Nationalrätin Haering-Binder hatte mit einer parlamentarischen Initiative verlangt, dass eine Abtreibung bis zur 14. Schwangerschaftswoche straffrei wird. Aus dem Vorstoss ist ein Gesetzesentwurf entstanden, der am 23. März 2001 von National- und Ständerat verabschiedet wurde. Die Räte sind aber weit vom ursprünglichen Vorstoss für eine eigenverantwortliche Entscheidung der Frauen abgewichen bis zur 14. Woche ihre Schwangerschaft unterbrechen zu können. Nicht nur wurde die Frist auf zwölf Wochen reduziert, die betroffenen Frauen müssen schriftlich ihre Notlage geltend machen. Zudem verlangt das neue Gesetz eine Beratungspflicht von den ÄrztInnen und bemächtigt die Kantone, Kliniken und Praxen zu bestimmen, die Schwangerschaftsunterbrüche vornehmen dürfen. Im Diskussionspapier, dass die Feministische Koalition (FemCo) am 16. Juni als Grundlage für eine Stellungnahme zum Referendum der AbtreibungsgegnerInnen vorgelegt hatte, wirft deshalb mit verschiedenen Fragen das Dilemma für die BefürworterInnen einer straflosen Schwangerschaftsunterbrechung auf: «Kann ein Gesetzesentwurf verteidigt werden, mit dem nach wie vor Frauen bevormundet werden (geltend machen einer Notlagen)? Soll frau sich für ein Gesetz engagieren, das weniger weit geht als die aktuelle Praxis? Kann der juristische Vorstoss, Fristenregelung mit zusätzlichen Bestimmungen, die

im Strafgesetzbuch verankert werden, strategisch verteidigt werden?»

### Frühlingserwachen der Verbieter

Letztes Jahr versuchten die AbtreibungsgegnerInnen mit einer gesamtschweizerischen Werbeplakataktion gegen die Fristenlösung Stimmung zu machen. Nette Photos von Kindern, die bei einer Fristenlösung umgebracht und in die grauen Abfallsäcke entsorgt worden wären. Ebenso deutlich ist die 1999 eingereichte Abtreibungsverbots-Initiative «Für Mutter und Kind – für den Schutz des ungeborenen Kindes und die Hilfe an seine Mutter in Not». Die Initiative verlangt ein totales Abtreibungsverbot sogar bei einer unerwünschten Schwangerschaft durch eine Vergewaltigung. Die Hilfe an diese Mütter besteht nach Punkt 2.c der Initiative: «Ist die Schwangerschaft eine Folge von Gewaltausübung, kann die Mutter ihre Zustimmung zur Freigabe zur Adoption bereits ab Feststellung der Schwangerschaft erteilen». Dieser skrupellose Gebärzwang für Frauen, die unerwünscht schwanger werden, lässt erahnen, mit welcher fundamentalistischen Kampagne die radikalen AbtreibungsgegnerInnen von «Hilfe für Mütter und Kind» und «Ja zu Leben» gegen die Fristenlösungsvorlage des Parlamentes in den Abstimmungskampf ziehen werden.

Entgegen der Empfehlung ihrer Frauenkommission hat sich die CVP diesen Frühling ebenfalls zu einem Referendum gegen die Fristenlösungsvorlage des Parlamentes entschlossen. Die CVP möchte eine Fristenlösung nur mit einer «Beratungspflicht», mit der «Frauen nicht völlig im Stich gelassen» werden. Die CVP hat darum in der Parlamentsdebatte eine parlamentarische Initiative für ein «Schutzmodell mit Beratungspflicht» eingereicht. Doch die grosse Sorge der CVP-Männer um die Frauen entpuppte sich spätestens bei der Einreichung der Unterschriften als Rückbesinnung auf katholische Werte. Die CVP reichte mit den grundsätzlichen AbtreibungsgegnerInnen der «Gesellschaft für den Schutz des ungeborenen Lebens in der Schweiz» (GLS) gemeinsam das Referendum ein.

Angesicht der bevorstehenden Welle von reaktionärem Fundamentalismus verbunden mit christlicher und bürgerlicher Scheinheiligkeit, werden sich die Frauengruppen und die Linke noch etwas einfallen lassen müssen, wie sie das Selbstbestimmungsrecht der Frauen und damit einen straflosen Schwangerschaftsabbruch eigenständig vertreten können. Wir möchten schon mal prophylaktisch unsere realpolitischen ParlamentarierInnen bitten, uns wenigstens diesmal von einer Einheit mit den scheinheiligen bürgerlichen «Fristenlösungs»-BefürworterInnen zu bewahren. Wer wäre wohl diesmal Sponsor?

## GAV: Pöstler stimmen ab

Sto Für die PTT-Angestellten ist ein GAV erarbeitet worden. Über seine Annahme entscheiden die KollegInnen in einer Urabstimmung.

Nach über einem Jahr und harten Verhandlungen haben sich die Sozialpartner auf ein dichtes Regelwerk für die ehemaligen Beamten geeinigt. Gleich zwei GAV sollen die zukünftigen Arbeitsbedingungen regeln: einer für die Vollzeitangestellten, der andere für die Teilzeitangestellten. Neu und zum ersten Mal in der Geschichte der Öffentlich-rechtlichen soll auch die Lohnfrage geregelt werden. Die Delegierten der Gewerkschaft Kommunikation haben am 12. Juli an der Branchenkonferenz Post das Verhandlungsergebnis mit 53 gegen 35 Stimmen gutgeheissen, gleichzeitig aber eine Urabstimmung beschlossen. Der Lohnbereich wurde von den Delegierten am heftigsten kritisiert.

Laut dem ausgehandelten GAV sollen alle PTT-Angestellten gemäss einer neuen Lohnskala eingestuft werden. Diese Einstufung erfolgt innerhalb einer Lohnbandbreite. Eingeführt wird neu auch eine Leistungskomponente, die zehn Prozent des Lohns flexibel gestaltet. Der definitive Lohn wird nach einer Personalbeurteilung festgelegt. Da diese Beurteilungen und Neueinstufungen momentan im Gange sind, kann Samuel König, Informationsbeauftragter der Gewerkschaft Kommunikation, keine Angaben über die mögliche Anzahl derjenigen machen, die eine Lohnsenkung in Kauf nehmen müssen. König wertet das Verhandlungsergebnis als grundsätzlich positiv und unterstrich die Verbesserungen, zum Beispiel die fünfte Ferienwoche für alle. Dem Gewerkschaftsvertreter ist aber klar, dass der Ausgang der Urabstimmung eng mit der Neuregelung der Löhne verbunden ist und meint: «Obwohl die Branchenkonferenz dem GAV zugestimmt hat, kann die Lohnfrage alles wieder auf den Kopf stellen.»

Verständlich, droht doch eine Lohnnebusse von bis zu 400 Franken im Monat. Die ausgehandelte Lohngarantie bis Ende 2004 wird wohl für viele BasiskollegInnen ein zu schwacher Kompromiss darstellen. An der Basis wächst denn auch der Widerstand. Vor allem in der Westschweiz werden die Stimmen für ein Nein zum GAV immer lauter. So ruft die Soidartiés in ihrem Info vom 7. Juli alle Postangestellten auf, an der Urabstimmung den GAV mit einem Nein zu verwerfen. Es werden Neuverhandlungen verlangt, die sich auf ein klares Mandat der KollegInnen stützen sollen. Die Kritik ist hart. Laut SolidaritéS seien mit dem neuen Vertrag Tür und Tor für Massenentlassungen geöffnet worden. Die Löhne gerieten damit unter einen permanenten Druck. Bemängelt wird auch die Regelung der Arbeitszeit, die nach wie vor die höchste in ganz Westeuropa bleiben und noch mehr flexibilisiert wird. Unakzeptabel ist für die KollegInnen der Romandie auch die vertraglich zugesicherte, absolute Friedenspflicht. Diese schränkt die gewerkschaftlichen Rechte der Angestellten ein und verunmöglicht faktische eine Bewegung von unten.

Einmal mehr spalteten sich die Meinungen am Resultat der Vertragsverhandlungen: Während man in der Deutschschweiz eher der Überzeugung ist, dass wegen der schlechten Finanzlage der PTT ein besseres Ergebnis nicht erzielbar sei, fühlen sich die kämpferischen KollegInnen der Westschweiz von der Gewerkschaft wieder einmal im Stich gelassen. Die Urabstimmung wird zwar über die Annahme des GAV entscheiden, doch sie wird die Spannungen innerhalb der Gewerkschaft Kommunikation nicht beenden können.

## Einzelinitiativen zum Referendum

wa. AL und PdA haben in Stadt Zürich das Referendum gegen weitere Strompreisrabatte für Grossverbraucher lanciert. Mit zwei Einzelinitiativen fordern sie eine soziale Tarifpolitik.

Gegen die Stimmen der Linksoption (AL/GP/FraP) hat der Zürcher Gemeinderat am 11. Juli dem Stadtrat die Kompetenz erteilt, Kaufhäusern und Hotels Strompreisrabatte zu gewähren. Ziel der Übung ist es, die formidablen ewz-Gewinne an 3000 GrossbezüglerInnen zu verteilen, statt allen Haushalten eine Tarifreduktion zu gewähren (VORWÄRTS, 22. Juni 2001) Ausser Rolf Kuhn und Mark Roth stimmten die SP-GenossInnen im Gemeinderat dieser Vorlage zu.

AL und PdA haben – wie angekündigt – das Referendum gegen diese Tarifvorlage ergriffen. Grüne, Jusos, attac und die ewz-Gruppe des VPOD unterstützen das Referendum.

Bis am 7. August müssen 4600 Unterschriften gesammelt werden.

Parallel zur Lancierung des Referendums verlangen Niklaus Scherr, Peider Filli und Walter Angst mit zwei Einzelinitiativen von der Stadt Zürich eine soziale Tarifpolitik. Nachdem die öffentlichen Finanzen in den 90er-Jahren mit massiven Erhöhungen bei den Gebühren saniert worden sind, sei es jetzt an der Zeit, die Tarife von ewz und Abwasser wieder nach unten zu korrigieren, hiess es an einer Pressekonferenz. Die über das Gewinnziel von 9 Prozent hinausgehenden Profite des ewz sollen zu gleichen Teilen allen tarifgebundenen Haushalten zurückvergütet werden. Beim Abwasser ist

eine Tarifreduktion überfällig. Abschreibungen von jährlich rund 30 Millionen Franken sind völlig überflüssig, nachdem sämtliche Investitionen – unter anderem auch der eben erst fertiggestellte Glatztollen – in der Rechnung der Stadt auf Null abgeschrieben sind. 30 Millionen entsprechen rund einem Drittel der jährlich eingezogenen Abwassergebühren.

Die beiden Einzelinitiativen würden die Haushalte um 200 bis 300 Franken entlasten. Für Normalverdienende bringt das mehr Geld in die Kasse, als eine Senkung des Steuerfusses um drei Prozent.

REFERENUMSBOGEN: WWW.AL-ZH.CH  
ODER TEL 0124177 22

# Aufstand gegen Repression und Armut

Bernhard Schmid. Unter dem Diktat des IWF wurden seit 1980 600 000 Menschen entlassen und zahlreiche Fabriken geschlossen. 30 Prozent sind im Durchschnitt ohne Erwerbsarbeit und ohne Erwerbslosenunterstützung. Der Aufstand der Jugendlichen in der Kabylei im April hat sich zu einer breiten Bewegung gegen Repression und Armut im ganzen Land ausgeweitet.

Kilometerlange Schlangen bilden sich an den Stadttoren von Algier. Abertausenden von MarschiererInnen gelingt es auf den verstopften Zufahrtsstrassen gar nicht erst, in die Hauptstadt hinein zu gelangen. Wieviele sind gekommen: eine halbe Million, eine Million, anderthalb Millionen? Niemand kann es genau sagen. So präsentierte sich die algerische Hauptstadt am 14. Juni dieses Jahres, dem bisherigen Höhepunkt der sozialen Protestbewegung, die seit Mitte April einige Landesteile erschüttert. Vor allem in der berbersprachigen Region, die rund 100 Kilometer östlich von Algier beginnt – der Kabylei – kann man von einem regelrechten Aufstand sprechen. In einer der beiden kabyllischen Regionalmetropolen, in Bejaïa, wurden Mitte Juni die Polizeikasernen abgebrannt, und im Vorort Amizour wurde das Gericht auseinandergerissen und der örtliche Staatsanwalt in die Flucht geschlagen. Im Gegenzug sind seit April nach offiziellen Zahlen 55 Todesopfer, nach realistischen Angaben zwischen 100 und 110 Tote durch die Repression zu beklagen.

Auslösender Funke für den Aufstand war der Tod des Gymnasiasten Massinissa Guermah. Er starb am 18. April im Polizeikommissariat von Beni Douala, in der Nähe von Tizi-Ouzou (eine der beiden Regionalhauptstädte der Kabylei). Die Gendarmeriekräfte zeigten sich um den 20. April herum besonders repressiv, denn dieses Datum bildet den Jahrestag des «berberischen Frühlings» seit dem Jahr 1980. Damals, unter der Diktatur der nationalistisch-antikolonialen Einheitspartei FLN – die in vielen Punkten den realsozialistischen Systemen ähnelte, aber stark durch die Militärs dominiert war –, hatte die berbersprachige Minderheit gegen die Benachteiligung ihrer Sprache, des Tamazight, revoltiert.

## Kulturelle Revolte?

Anders als 1980 handelt es sich jedoch mitnichten um eine hauptsächlich regionalistisch-kulturelle Revolte für die Eigeninteressen der Kabylen. Die verstärkte Repression am Jahrestag des «berberischen Frühlings» war nur der Auslöser einer sozialen Revolte, die am Anfang vor allem von extrem zornigen Jugendlichen getragen wurde. Hier drückt sich tatsächlich der Unmut über die gesamte gesellschaftliche Misere aus: Der Mangel an Wohnraum, der die Jugendlichen zwingt, in überfüllten Wohnungen mit ihren Familien zu hausen (und somit auch Beziehungen zwischen den

Geschlechtern erschwert bis verunmöglicht); die Perspektivlosigkeit einer Jugend in einem Land, in dem die offizielle Arbeitslosenrate 30 Prozent beträgt...

Ganz im Gegensatz zu korsischen, baskischen und ähnlichen Bewegungen in Europa wollten und wollen die kabyllischen Protestler sich in ihrer grossen Mehrheit mitnichten in einem regionalen Partikularismus einschliessen lassen. Im Gegenteil: Die Studierenden der Universität in Bejaïa etwa fassten schon Ende April den Beschluss, dass ihre Reden grundsätzlich nicht in Tamazight (auch wenn zugleich ein Ende der Benachteiligung dieser Sprache gefordert wird) gehalten werden sollten, sondern entweder in arabisch oder auf französisch. Denn, so das sehr verbreitete Bewusstsein, das Anliegen der Revolte betrifft alle Algerier – und es wäre töricht, sich in einer Konfrontation zwischen Bevölkerungsgruppen, «Araber gegen Berber», einschliessen zu lassen.

Genau dies versucht das Regime zu erreichen, dessen Staatsfernsehen den spezifisch kabyllischen Charakter der Revolte zu betonen sucht. Anlässlich der Grossdemo vom 14. Juni war ferner zu beobachten, wie Schlägertruppen – oftmals Hooligans des Fussballclubs von Algier, MCA – Seite an Seite mit der Polizei auftraten, DemonstrantInnen angriffen und antikabyllische chauvinistische Parolen riefen. Anscheinend setzen Teile des Regimes nunmehr darauf, an einen chauvinistisch aufgeheizten Mob zu appellieren. Mindestens vier der sechs Toten der Demonstration vom 14. Juni in Algier sind diesem Lynchmob zum Opfer gefallen.

Am 7. Juni hatten die Protest-Koordinationen von sieben algerischen Bezirken sich auf eine gemeinsame Forderungs-Plattform verständigt. Jene ist in drei Forderungskataloge unterteilt (siehe Kasten). Um diese Forderungen gab es jedoch bald Streit zwischen unterschiedlichen politischen und sozialen Kräften. In den Dorf-, Stadtteil- und Gebiets-Koordinationen, die die Bewegung mehr oder minder basisdemokratisch strukturieren, finden sich nämlich zwei grössere Kräftepole wieder. Leicht schematisierend lässt sich sagen: In der Region um Bejaïa dominierten von Anfang an linke Kräfte, von revolutionären Marxisten und Trotzkisten bis hin zu den Gewerkschaften. Hingegen sind im anderen, mehr ländlichen Teil der Kabylei um Tizi-Ouzou andere Strukturen vorherrschend, und die Koordinationen sind oftmals eher das Abbild traditioneller Clan- und Grossfamilien-Strukturen, während moder-

## Die Forderungen der Protestbewegung

Das erste Kapitel des dreiteiligen Forderungskatalogs richtet sich «gegen die Unterdrückung und gegen die Straffreiheit der Verantwortlichen» – es werden staatliche Zahlungen an alle «Opfer der Repression während der jüngsten Ereignisse» bzw. ihre Angehörige, wie auch Prozesse gegen die Schuldigen und der Abzug der Gendarmerietruppen aus den Unruhe-Regionen gefordert. Das zweite Kapitel ist den »demokratischen Rechten« gewidmet; neben der Anerkennung der Berbersprache Tamazight wird auch die Abschaffung des stockreaktionären Familiengesetzes aus dem Jahr 1984, die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen und die Aufhebung des (seit Februar 1992 geltenden) Ausnahmezustands verlangt. Das dritte Kapitel schliesslich gilt «sozialen und ökonomischen Forderungen», wie jene nach einem Sofortprogramm für Entwicklung und der Umwandlung von Wohnraum für Privilegierte in Sozialwohnungen sowie nach Einführung eines (bisher in Algerien, mit Ausnahme eines kleinen Kreises von Staatsbediensteten, nicht existierenden) Arbeitslosengelds in Höhe von 50 Prozent des Mindestlohns.

ne Kräfte wie Gewerkschaften hier weitgehend fehlen. Zugleich versuchen regionale Honoratioren der beiden kabyllischen Regionalparteien FFS (Front des Forces Socialistes) und RCD (Rassemblement pour la Culture et la Démocratie) ihre Ansprüche geltend zu machen. Am Anfang wurden die beiden Parteien – die sich zwar nach aussen und für die europäischen Medien eine moderne Fassade geben, aber in Wahrheit eine Lobby bestimmter Clanstrukturen sind – völlig durch die Bewegung überrollt, und Dutzende ihrer jeweiligen Büros in der Kabylei sind durch die Demonstranten abgefackelt worden.

## Soziale Transformation

In den letzten Juniwochen und im Laufe des Julis wurde der gemeinsame Druck der eher traditionell orientierten Kräfte sowie der FFS- und RCD-Lobby immer stärker und sorgte für den Bruch innerhalb der Koordinations-Bewegung. Daher gibt es nunmehr zwei rivalisierende Koordinationen, wobei sich die eher linke Mehrheits-Koordination im Bezirk Bejaïa nach wie vor auf die vollständige Forderungsplattform vom 7. Juni bezieht. Als Minimalkonsens zwischen beiden existiert eine «Kurzfassung» der Forderungen, in denen lediglich die Gleichberechtigung des Tamazight und das Ende der Repression gefordert wird. Die sozialen Forderungen hingegen sind den Honoratioren ein Dorn im Auge, da deren Verwirklichung in ihren Augen «Aufgabe der politischen Parteien» ist. Nun haben aber beide kabyllischen Regionalparteien, FFS und RCD, keinerlei Perspektiven einer sozialen Transformation der Gesellschaft.

Wie wird es mit der Protestbewegung weitergehen? Das ist derzeit schwer zu sagen. Momentan befindet sich diese in einer abflauenden Phase, was aber auch der Sommerpause geschuldet ist, sowie den Vorbereitungen der Jugendlichen auf die Abiturprüfungen (die jene, die sie der Proteste wegen verpassten, nunmehr Anfang September nachholen können – ein Zugeständnis, das der Regierung abgerungen wurde). Hoffnung weckt die Tatsache, dass soziale Spannungen, Proteste und Zusammenstösse mit den staatlichen Sicherheitskräften – vor allem im Juni – von der Kabylei aus auch auf andere, arabischsprachige Landesteile übergreifen, so auf das Bergland Les Aurès im Osten des Landes, die Küstenstädte Annaba und Skikda im Nordosten. Auch in einigen Vororten von Algier und in der StudentInnenschaft der Hauptstadt ist einiges in Bewegung gekommen.

Allerdings existiert bisher nur in der Kabylei eine Art organisierter Gegenmacht in Form von Koordinationen in Dörfern, Stadtteilen und Bezirken. In den arabischsprachigen Landesteilen hingegen blieb es bisher eher bei spontan aufflammenden Riots. Eine grosse Rolle spielen dabei die unterschiedlichen Erfahrungen der letzten Jahre. Während der radikale Islamismus in der Kabylei nie Fuss fassen konnte (aufgrund der Resistenz gegen die Arabisierungspolitik, für die Islamisten und Nationalisten gleichermaßen stehen), sah das Anfang der Neunziger Jahre in den arabophon Landesteilen anders aus. Die daraus folgende Desillusionierung und Frustration gegenüber jeglicher kollektiven Utopie – vor dem Hintergrund des Umkippens des Islamismus vom Hoffnungsträger zum Terrorinstrument – hat ihre Spuren hinterlassen.

# Der schmutzige Krieg

rouge/ud. Der ehemalige Fallschirmspringer einer Spezialeinheit der algerischen Armee, Habib Souaidia, 30-jährig, ist zur Zeit Flüchtling in Frankreich. Er legt in seinem Buch «La Découverte» das erste Geständnis für die Verwicklung der algerischen Armee im «schmutzigen Krieg» gegen die Zivilbevölkerung ab. Ein Interview mit dem Autor.

Warum wolltest du das Buch schreiben?

Seit Jahren dauert in Algerien ein Krieg, der keinen Namen und kein Gesicht hat. Die Islamisten töten und massakrieren, die ganze Welt ist sich einig darüber. Die Verantwortung dafür ist aber geteilt zwischen den algerischen Generälen und den Islamisten, die diesen Krieg 1992 eröffneten. (...) Ich bezeuge als Offizier die Massaker, die Morde, die Entführungen, die die Armee der Zivilbevölkerung angetan hat. Das ist meine Pflicht, weil ich wie die anderen selber schuldig bin.

Du berichtest über Tatsachen, die du selber erlebt hast, aber auch über solche, die dir erzählt wurden?

In dieser Zeit war ich unter dem Befehl des Oberkommandierenden Mohamed Lamari. Er befahl die Division für antisubversive Einsätze (...). Was man mir über diese Eliteeinheiten erzählte, war für mich nicht neu. Sie machten das Gleiche wie meine: Morde, sich als Islamisten verkleiden, foltern. Diese Tatsachen sind wirklich passiert. Alle Befehle, die meiner Einheit erteilt wurden, wurden auch in den anderen ausgeführt. Ich war während der Massaker 1997 und

1998 im Gefängnis, aber ich weiss wie die Armee interveniert, was die Generäle denken. Ich denke, die bewaffneten Gruppen waren manipuliert und bei den Massakern wie demjenigen von Benthalha hatte es ohne Zweifel auch mehrere Militärs darunter.

Was denkst du über die Haltung der französischen Regierung?

Es gibt eine Komplizenschaft der französischen Regierung, insbesondere als Pasqua Innenminister war. Aber auch heute wollen die französischen Regierenden nicht protestieren, aus Angst, die politischen Freunde und Spekulanten zu treffen, die in Beziehung zu den algerischen Generälen stehen und vom Waffenhandel und der Geldwäscherei von Milliarden von Dollars in Frankreich profitieren. Die Mächtigen hier schützen die militärische Kaste, wie die Fluchthilfe für den General Nezzar in der Nacht des Haftbefehls gegen ihn, bewies. (...) Wir Militärs, die die Generäle anklagen, haben keine Lösung vorzuschlagen. Die Lösung ist in den Händen der Politik, dem algerischen Volk, der internationalen Entscheide. Wir können helfen, die Wahrheit über diesen Krieg bekannt zu machen.

## Unterwegs im Unza-Takt

Nick Lüthi. «Unza, Unza» – diese Kurzformel steht für das musikalische Schaffen der jugoslawischen «No Smoking Orchestra» um Regisseur Emir Kusturica. Mit «Super 8 Stories» hat Kusturica eine Mischung aus Roadmovie und überlangem Videoclip seiner Balkan-Polka-Formation zusammengestellt.



Emir Kusturica und das «No smoking orchestra» (im Bild mit Bandleader Dr. Nele) wird ab dem 17. August mit dem Film «Super 8 Stories» in die Kinos kommen.

Foto: Filmcooperative.

Was in Emir Kusturicas «Super 8 Stories» während eineinhalb Stunden auf der Leinwand gezeigt wird, ist Musik. Gute Musik. Und wie sie entsteht. Hauptdarsteller sind die Mitglieder des «No Smoking Orchestra», bei dem seit 1986 auch Regisseur Kusturica als Gitarrist und Bassist mitwirkt. In einem rasanten Mix aus historischen Aufnahmen, meist im titelgebenden Super 8 Format – grobkörnig und schwarzweiss – und Bildern von den Konzerttournéeen der letzten Jahre quer durch Europa, werden einem die Lebensgeschichten von elf unterschiedlichen Männern erzählt, die alle eine Leidenschaft haben: Musik. Entstanden ist die Band 1980 in Sarajevo. Ihren Musikstil bezeichneten sie damals als «Neo-Primitivismus» und verstanden sich als Teil des kulturellen Untergrunds in den Jahren nach Titos Tod. Bis zum Auseinanderbrechen des jugoslawischen Staatenbunds Anfang der 90er Jahre wirkte das «No Smoking Orchestra» in der bosnischen Hauptstadt und erreichte bereits mit ihrem ersten Album 1984 einen Top-Hit, der sich 100 000 Mal verkaufte. Einem breiteren Publikum ist die Formation seit dem Film «Chat noir, chat blanc», der vor drei Jahren in den Kinos lief und für den sie den Soundtrack lieferte. Die Geschichte der Band wird

nicht linear nacherzählt. Anhand von historischem Bildmaterial, das zum Teil aus den privaten Archiven der Bandmitglieder stammt, werden dem Zuschauer in einer wilden Collage die einzelnen Musiker präsentiert. Kusturicas Sohn Stribor etwa, der seit Anfang der 90er Jahre als Schlagzeuger Mitglied des «No Smoking Orchestra» ist, lernt man als kleinen Buben durch die Linse von Papa Kusturica kennen. Auch andere Musiker sieht man in ihren Jugend- und Kinderjahren, wie etwa den Geiger Dejan Sparavolo, wie er klassischen Violinunterricht genießt und auf eine Karriere getrimmt wird, um dann entgegen den elterlichen Erwartungen in einer Punk-Combo den Ton anzugeben.

Dieser intime Blick setzt Kusturica fort, unter anderem mit Aufnahmen aus dem Back-Stage-Bereich während den Tournéeen. Vater und Sohn Kusturica, die sich prügeln. Erschöpfte Artisten nach zwei Stunden musikalischer Anstrengung im Zwei-Viertel-Takt. Im Zentrum stehen von Beginn weg die Auftritte des «No Smoking Orchestra». Und zwar auf verschiedenen Ebenen. Zum einen sind es die Konzertmitschnitte, die in der zweiten Filmhälfte einen immer zentraleren Raum einnehmen, zum anderen bilden die Dreharbeiten für einen Videoclip in einem Eisenbahnwaggon einen roten Faden, der sich durch die ganzen 90 Minuten zieht.

Obwohl der geografische Rahmen, in dem der Film spielt, das ehemalige Jugoslawien ist, wird die Leidensgeschichte des Balkans nur sehr dosiert angetupft. Zwar sind immer wieder zerbombte Gebäude in Belgrad zu sehen, doch nimmt niemand Stellung dazu. Auch die Tatsache, dass die Musiker des «No Smoking Orchestra» aus allen Ecken des ehemaligen Jugoslawien kommen, ist kein Grund für Kusturica, irgendwelche «Multiethnizität» abzufeiern. Gut möglich, dass sich der Regisseur mit politischen Aussagen nach den unhaltbaren, dafür umso heftigeren Vorwürfen, wonach es sich bei seinem Film «Underground» um ein pro-serbisches Machwerk handle, zurückhält. Offenbar wird die Politik bewusst aus «Super 8 Stories» rausgehalten. Von den Auftritten des «No Smoking Orchestra» während des Nato-Bombardements in Belgrad, gibt es keine Bilder zu sehen.

Dies zu bemängeln wäre aber müssig, denn schliesslich ist schon die Tatsache, dass eine Formation die Wirren der vergangenen zehn Jahre im ehemaligen Jugoslawien überlebt und dazu Musik spielt, die sich einer ethnischen und stilistischen Zuschreibung weitgehend entzieht, politisches Statement genug.

## Spannend-heisse Sommerlektüre

Karl Odermatt. Hans Peter Gansners neu erschienene Kriminalgeschichte taucht ein in die Welt einer obskuren Sekte. Während die etablierten Polizeiorgane im Dunkeln tappen, bringt die Pariser Kommissarin Fontaine durch ihren unkonventionellen Recherchestil so einiges in Erfahrung.

Die okkulten, oft kriminellen Tätigkeiten obskurer Sekten haben seit den Dramen der Sonnentempel-Anhänger und den Verbrechen ihrer Guru das Gehör der Sicherheitsorgane etwas geschärft. So wurde, dies der von Hans Peter Gansner untersuchte Fall, die Pariser Police Judiciaire auf das Treiben der Blue-Planet-Gruppe aufmerksam. Eine Finnin, seit drei Monaten von Interpol als vermisst gesucht, muss von Kommissarin Pascale Fontaine aus den Fängen der Sekte befreit werden. Was dabei über diese Bande ans Tageslicht gelangt, leuchtet tief hinein in eines der unheimlichsten Kapitel zeitgenössischer ideologischer Manipulation.

Die Kommissarin wird als «Brieffrau» des Antoine Laborde, der im Knast ist, weil er einen Neonazi zusammengeschlagen hat, der im Begriffe war, einen Araber während einer antifaschistischen Demonstration in die Seine zu werfen, auf ihre Arbeit vorbereitet. Die Briefe dieses Altachtundsechzigers geben Aufschluss über die

gesellschaftlichen und sexuellen Erfahrungen eines Gymnasiasten in der Provinz und die Umstände, unter denen er in die Hände des Blue Planet gerät und sich von ihnen wieder löst. Sie vermitteln authentisches Material über Strukturen, Methoden und Ideologie der Sekte und ergeben eine parallele nicht weniger spannende Geschichte.

Die direkte, oft rüde Sprache und anzüglichen Wortspiele sollten von der Lektüre nicht abhalten. Gansner erzählt eben vergnüglich von einem sinnlichen Genüsse nicht verachtendes Paar, der Kommissarin und dem Altachtundsechziger.

Des Rätsels Lösung sei selbstverständlich nicht verraten. Nur soviel: die Finnin wird befreit, die Sekte zerschlagen. Gleichzeitig zu manch schaurigem Detail und ausgefallener Perversität skizziert der Autor auch liebevoll und kenntnisreich, nicht geizend mit landschaftlichen und kulturellen Einzelheiten und französischen Wendungen, das Leben irgendwo in den Bergen der südlichen Provence.

Die gerichtspolizeiliche Demontage einer New-Age-Sekte führt ein in die Methoden der Freiheitsberaubung durch Manipulation mit modernsten technischen und psychologischen Mitteln. Wie weit der Autor seiner üppigen Phantasie freien Lauf gelassen hat, ist ohne Belang, denn was noch nicht ist, kann noch werden, wenn der Sektenmafia das Handwerk nicht gelegt wird.

Zum Schluss wird die in ihren Methoden nicht immer reglements-konforme Pascale Fontaine zur Justizministerin zitiert, klatscht dort ihre Kommissarmedaille auf den Mahagonitisch, überreicht am gleichen Tag ihrem Parteisekretär den Parteiausweis und wähnt sich nun «frei», Freiwild einerseits, «frei» in der Wahl ihrer Mittel, Gerechtigkeit zu erlangen andererseits. Vielleicht, wagt man hinzuzufügen.

HANS PETER GANSNER, MEIN IST DIE RACHE: EIN BRAND-HEISSER FALL. KARIN KRAMER VERLAG, BERLIN 2001

## Veranstaltungen

Demo gegen Polizeibrutalität  
Bern. Die Anti-WTO Koordination ruft zu einer Demo in Bern auf. Protestiert wird gegen die Polizeibrutalität und den G8-Gipfel in Genua  
HEILIGGEISTKIRCHE, SAMSTAG,  
28. JULI, 21.00 UHR

Floh im CS-Netz: Kundgebungen  
Zürich. Florian Aicher wurde Ende Mai bei der CS aus politisch motivierten Gründen gekündigt. Gefordert wird deshalb die Rücknahme der Kündigung und die freie politische und gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb. Kundgebungen auf verschiedenen Plätzen.  
LIMMATPLATZ, SAMSTAG, 28. JULI,  
11.00 UHR

Offenes Plenum zu Genua/G8  
Zürich. Plenum, um Erfahrungen auszutauschen. Es werden Infos zu Antirepression, zu den Gefangenen und Verletzten gegeben.  
MOSAİK, MONTAG, 30. JULI, 19 UHR.

Internationalistisches Fest  
Zürich. Die PdA lädt alle GenossInnen zu einem internationalistischen Fest ein. Um 17 Uhr werden TeilnehmerInnen an den Protestaktionen gegen den G8-Gipfel in Genua berichtet.  
GZ WIPKINGEN, MITTWOCH,  
1. AUGUST, 16.00 BIS 22 UHR

Classico e Comicerotico  
Zürich. Im Kino Xenix werden im Monat August 17 Filme der italienischen Kinogeschichte gezeigt. Neben Filmen von Rossellini und Pasolini sei noch speziell auf den Film «Il Gattopardo» vom kommunistischen Regisseur Luchino Visconti hingewiesen.  
XENIX, SONNTAG BIS MITTWOCH,  
29. JULI BIS 1. AUGUST, 18.30 UHR

Filmfestival Locarno  
Locarno. Vom 2. August bis 12. August findet das Filmfestival in Locarno statt. Das Kinoprogramm kann unter WWW.PARDO.CH abgerufen werden.

Politischer Abendgottesdienst  
Zürich. «Und munter sprudelt der Profit», unter diesem Titel werden kritische Fragen zur Privatisierung der Wasserversorgung behandelt.  
PREDIGERKIRCHE, FREITAG, 10. AUGUST,  
18.30 UHR

### Fernsehtipps

Wir Bergler in den Bergen...  
Der Titel des Dokumentarfilms «Wir Bergler in den Bergen sind eigentlich nicht schuld, dass wir da sind» ist das Zitat eines der portraitierten Urner Bergbauern. Die Bergler stehen im Mittelpunkt des Films und ausschliesslich sie haben das Wort. Fredi M. Murer zeigt die prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen dieser Hirten.  
SF2, MITTWOCH, 1. AUGUST,  
20.00 UHR.

Anna Göldin – Die letzte Hexe  
Fernsehfilm nach dem gleichnamigen Buch von Eveline Hasler. Drehbuch und Regie: Gertrud Pinkus.  
3SAT, MITTWOCH, 1. AUGUST, 22.25 UHR.

Siamo Italiani  
«Ein kleines Herrenvolk sieht sich in Gefahr: man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kommen Menschen», so hat Max Frisch diesen Dokumentarfilm kommentiert. Über 500 000 Italiener leben Mitte der 60er-Jahre in der Schweiz. Sie gelten als «Problem». Eine boomende Wirtschaft braucht Arbeitskräfte – ein kleines Volk von betonter Eigenart empfindet sie als Fremdkörper.  
SF1, MITTWOCH, 1. AUGUST,  
22.50 UHR

### Radiotipp

Der zerbrochenen Krug  
«Liebe, Streit und Wahn» heisst das Motto des DRS2-Hörspielsommers. Präsentiert werden Theaterklassiker in Schweizer Radiofassungen von 1938 bis 1969.  
RADIO DRS2, SONNTAG, 29. JULI,  
14.00 UHR.

# Palästina: «Eine kleine internationalistische Flamme am Leben erhalten...»

Daniel Bensaid/ud. Nach dem Beginn der zweiten Intifada kam es letzten Herbst in Frankreich zu einer Welle von Anschlügen gegen Synagogen und Plünderungen jüdischer Geschäfte seitens arabischer Jugendlicher. Dagegen meldeten sich jüdische Intellektuelle mit einem Aufruf in Le Monde zu Wort, der die Zurückweisung dieser Gewalttaten mit einer Kritik der Politik des israelischen Staates gegenüber den PalästinenserInnen verband. Im Folgenden begründet Daniel Bensaid, Mitglied der Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR), warum er diesen Aufruf als Jude unterschrieben hat.

Die Logik des Krieges scheint zu obsiegen. Die Mehrheit der westlichen Kommentatoren hatte in der Ethnisierung der Balkankrise das monströse Produkt der Zersetzung der nationalistischen bürokratischen Regime sehen wollen (wobei sie aus ideologischen Gründen diese Regimes als kommunistisch bezeichnen). Wir vertraten, dass es sich leider um eine tiefere allgemeine Tendenz zur Ethnisierung und Konfessionalisierung der Politik handelt, um eine Folge der imperialistischen Globalisierung und die Verschleierung von Klasseninteressen. Diese Gefahr, die Hannah Arendt im ersten Band zu den Ursprüngen des Totalitarismus benannte, ist in Afrika und in bestimmten Regionen Asiens bereits manifest. Die Entwicklung des israelisch-palästinensischen Konflikts lässt ein ähnliches Abgleiten befürchten.

## Befreiungskampf oder Religionskrieg

Im international reaktionären Kontext der liberalen Konterreform nehmen nationale Befreiungskriege immer öfter die Erscheinungsform von Religionskriegen an. Die politischen Konflikte schlagen um in Kämpfe zwischen Stämmen oder anderen verschieden definierten Gemeinschaften. Die enttäuschten demokratisch nationalen Forderungen führen zu einer Abwendung von laizistischen und staatsbürgerrechtlichen Definitionen der Nation und suchen ihre Begründungen in irgendwelchen Abstammungsmythen.

Dieser Naturalismus oder Biologismus führt zu einer zoologischen Konzeption der Nation. Wohin soll das führen, wenn heute israelische religiöse Führer die Vertreibung der PalästinenserInnen mit dem chronologischen Vorrang des Tempels von Salomon oder des Josephsgrabs gegenüber den heiligen Stätten des Islam begründen? Wird morgen irgendein Papstanhänger die Israelis von heute anklagen, an ihnen klebe noch immer das Blut des Gekreuzigten?

Dieser Konflikt muss repolitisiert werden, um ihn zu entkonfessionalisieren. In dem zugrunde liegenden Konflikt stehen sich in Wirklichkeit nicht zwei geschlossene Religionen oder Identitäten gegenüber. Der Konflikt durchzieht vielmehr beide Gemeinschaften.

Je mehr an alle Jüdinnen und Juden appelliert wird, hinter dem Staat Israel und seinen Regierenden zusammenzustehen, je mehr die gesamte Diaspora mit dem jüdischen Staat und alle Jüdinnen und Juden mit dem Zionismus identifiziert werden, desto mehr werden junge PalästinenserInnen und ArbeiterInnen in den Irrtum getrieben, israelische Botschaften und Synagogen in einen Topf zu werfen und Antizionismus mit Antisemitismus zu vermengen.

Darum habe ich in Frankreich als Jude einen Aufruf von 200 Jüdinnen und Juden in Solidarität mit den Rechten der PalästinenserInnen unterschrieben. Ohne jede Absprache entstanden ähnliche Initiativen in den USA, in Grossbritannien, Kanada und Australien. Der Ansatz ist ungewöhnlich (vor zwanzig Jahren hätte ich mir so etwas gar nicht vorstellen können) und sollte eine Ausnahme bleiben.

## «Als nichtjüdischer Jude»

Persönlich verstehe ich mich zuerst als laizistischen und internationalistischen Aktivisten und als Staatsbürger des Landes, in dem ich lebe und arbeite. Als Jude bezeichne ich mich nur unter zwei Umständen: Gegenüber Antisemiten, in der Erinnerung an die Leiden der Vergangenheit und gegenüber Zionisten, die vorgeben, in meinem Namen zu sprechen.

Natürlich gerät man dabei in Widersprüche. Doch diese Widersprüche sind ein Produkt der Geschichte. Der Massenmord der Nazis an den Jüdinnen und Juden war eine hundertprozentig europäische Tragödie, so wie die Dreyfus-Affäre eine hundertprozentig französische Angelegenheit war. Dieser Massenmord hat die Unausweichlichkeit der Assimilation und der Antisemitismus in der stalinistischen Sowjetunion hat die sozialistische Emanzipation der Jüdinnen und Juden dem Zweifel ausgesetzt. Die Gründung des Staates

Israel war Vergegenständlichung der – rationalen und irrationalen Ängste der Diaspora. Die Geschichte hat entschieden, die Judenfrage, in morbider Weise, erneut zuzuspitzen.

Darum zwingen mich gewisse konkrete Situationen, mich selbst als Juden zu bezeichnen, nicht als Ausdruck irgendeiner Wesenhaftigkeit oder Naturbedingtheit, sondern als Notwendigkeit in einer bestimmten gesellschaftspolitischen Konstellation. Als nichtjüdischen Juden gewissermassen, im Sinn einer Herausforderung.

Dazu fühle ich mich heute durch den Diskurs der israelischen Führung und der offiziellen Sprecher der jüdischen Gemeinschaften gedrängt, die alle Opfer des Massenmords an den Jüdinnen und Juden vereinnahmen wollen.

Die jüdischen Kämpfer der internationalen Brigaden in Spanien, einschliesslich derer der Botwin-Brigade, setzten sich nicht für die Gründung eines jüdischen Staates auf dem Boden Israels ein. Sie kämpften, um sich dem Faschismus entgegenzuwerfen, zweifellos als Jüdinnen und Juden, aber auch, untrennbar davon, mehrheitlich als KommunistInnen, aus emigrierte Opfer der grossen Krise, als Ausgegrenzte der Erde, als ProletarierInnen.

Die kommunitaristische Logik führt zur Auslöschung aller anderen Zugehörigkeit, zur Verwischung der Gegensätze innerhalb der Gemeinschaft. Man lese «Le fumier de Job» von Bernard Lazare. Durch die Dreyfus-Affäre auf sein Judentum zurückgeworfen, wusste Lazare aus eigener Erfahrung sehr gut, dass die jüdische Gemeinschaft- vom Klassengegensatz zerrissen war. Er hatte die Feigheit und Scheinheiligkeit der jüdischen Bourgeoisie und der religiösen Hierarchie am Werke gesehen. Lazare war entschieden kein Zionist; er sagte: «Unser Vaterland besteht aus so vielem, aus so vielen Erinnerungen, aus so vielem Bedauern, aus so vielen Freuden, Tränen, Schmerzen, dass ein kleines miserables Stück Boden es nicht tragen könnte».

## Kein Staatsmonopol der Erinnerung

Dieser Aufruf setzt sich für die Rechte der PalästinenserInnen ein und verurteilt ebenso klar jedes Abgleiten in Rassismus oder konfessionelle Konfrontation, jede rassistische Tat, jeden rassistischen Diskurs, insbesondere Anschläge auf Synagogen und Angriffe auf jüdische Schulen. So bescheiden diese wechselseitigen symbolischen Gesten auch sind, sie streuen doch etwas Sand ins Getriebe der kommunitarischen Eskalation und halten eine kleine internationalistische Flamme am Leben. Diese Auseinandersetzung geht weit über den tragischen Konflikt im Mittleren Osten hinaus.

Ich beabsichtige mit diesen Zeilen meine Beunruhigung angesichts der um sich greifenden religiösen oder ethnischen Bezugnahmen und meine Unterstützung für die berechtigten Forderungen des palästinensischen Volkes auszudrücken. Ich beanspruche nicht, eine wundersame Lösung des Problems aus dem Hut zu zaubern. Doch wie Karl Kraus sagte, soll man sich in einer unübersichtlichen Situation für das Wahre entscheiden. Und wahr ist, dass die seit 1967 besetzten Gebiete palästinensische Gebiete sind, und dass sich die israelische Armee in ihnen wie eine Besatzungsarmee verhält. Wahr ist, dass zuerst die UNO-Resolutionen umgesetzt, die jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten aufgelöst werden müssen. Das Recht der PalästinenserInnen auf einen eigenen souveränen Staat und das Rückkehrrecht der 1948 Vertriebenen muss anerkannt werden. Das alles wäre vermutlich nicht ausreichend, aber doch ein wichtiger Schritt in Richtung Frieden.

Denn auf längere Sicht ist der dem Staat Israel innewohnende Widerspruch explosiv: einerseits ein halbkonfessioneller jüdischer Staat zu sein, andererseits seine Selbstdarstellung als überkonfessioneller demokratischer Staat. Dieser Widerspruch nährt die Logik weiterer Ausgrenzungen und gar erneute Trans-

fers von Bevölkerungsteilen, was von einigen israelischen Politikern und Militärs schon heute ins Gespräch gebracht wird. Doch Apartheidpolitik, ethnische und territoriale Säuberung samt der Errichtung von Bantustans sind Grundlagen für künftiges Wiederaufflammen des Konflikts. So untergräbt man die Bedingungen für einen dauerhaften Frieden und, im Gegensatz zu dem, was die zionistischen Führer behaupten, wahrt man so nicht die Sicherheit der in Israel lebenden Jüdinnen und Juden – ganz im Gegenteil.

## Entzionisierung des Staates Israel

1967 erschien das Buch von Nathan Weinstock mit dem symbolträchtigen und prophetischen Titel «Das Ende Israels?». 1970 sah derselbe Weinstock die Tatsache einer israelischen Nationbildung als gegeben an, unterstrich aber zugleich, die Zukunft der Region hinge von einer Entzionisierung des Staates Israel ab, das heisst von der Auflösung der bestehenden politisch-gesellschaftlichen Strukturen.

Ein wirklicher Friedensprozess beinhaltet die Anerkennung gleicher Bürgerrechte für AraberInnen und Jüdinnen und Juden. Er setzt die Anerkennung des Rechts der PalästinenserInnen auf Selbstbestimmung und Souveränität voraus. Ob die Koexistenz beider Völker die Form zweier getrennter überkonfessioneller und demokratischer Staaten annimmt, einer Föderation oder eines binationalen Staates, ist eine historisch offene Frage. Verschiedene institutionelle Lösungen sind denkbar. Damit sie auf die Tagesordnung kommen können, muss damit begonnen werden, das den PalästinenserInnen angetane Unrecht wiedergutzumachen.

Die israelische Führung hingegen verfestigt Gefühle, die denjenigen der Insassen einer belagerten Festung gleichen. Für die israelische Bevölkerung selbst stellt dies eine tragische Sackgasse dar. Darum ist es notwendig, gerade als Jüdinnen und Juden diese Politik zu bekämpfen, getrieben von der Sorge, dass eine erneute Katastrophe droht.

ÜBERSETZUNG AUS DEM FRANZÖSISCHEN  
VON MANUEL KELLER, SOZ.

## Sharon vor Gericht

Am 18. Juni begann in Belgien der Prozess gegen Ariel Sharon. Der israelische Premierminister Sharon wurde durch Opfer und Angehörige der Flüchtlingscamps von Sabra und Shatila (Libanon) wegen Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen eingeklagt. Sharon gab 1982 den Befehl zur Eroberung von West-Beirut und für das Eindringen von libanesischen Milizen in die palästinensischen Flüchtlingscamps. Zwischen dem 16. und 18. September 1982 wurden mehrere Tausend Männer, Frauen und Kinder unter den Augen der israelischen Besatzungstruppen dahingemordet. Wir sind gespannt, wann Sharon vor einem UNO-Kriegsverbrechenstribunal erscheinen muss.

## Azmi Bishara im Polizeiverhör

Azmi Bishara ist Vertreter der palästinensischen Minderheit im israelischen Parlament (Knesset) und engagierter Vertreter der israelischen Friedensbewegung. Bei seinem Besuch in Syrien hatte er zum Ende der israelischen Besatzungspolitik aufgerufen. Bei seiner Rückkehr erhielt er eine Vorladung zum Polizeiverhör. Noch ist offen, ob eine Anklage wegen Spionage für den Feind und Unterstützung für terroristische Organisationen durch die israelischen Behörden erhoben wird. Während des Polizeiverhörs demonstrierten vor dem Polizeiposten rechte Israelis und forderten in ihren Sprechchören: «Tod den Arabern. Tod Azmi Bishara». Die Polizei sah trotz verschiedener Anzeigen keinen Anlass einzugreifen.

## 3 Millionen PalästinenserInnen im Gefängnis

«Die Tatsache, dass mehr als drei Millionen Menschen während 10 Monate in ihren Dörfern und Häusern eingesperrt sind (...) ist eine vollständig inakzeptable Reaktion auf die Gewalt von einigen Individuen», schreibt Amnesty International Belgien. «Fast alle Strassen zwischen den Dörfern, die wir im Süden von Jerusalem gesehen haben, waren durch Erdhaufen und Betonblöcke gesperrt. Die Hauptverbindungen Nord-Süd zwischen Nablus, die wichtigste Stadt der Region, nach Jenin war durch Militärfahrzeuge an mehreren Stellen unterbrochen.»

# Stockers Krippenpolitik: «Aus» für freie Chindsgis?

wa. Die Chefin des Zürcher Sozialdepartements will mehr Geld für Krippen. Ihr Cheftechnokrat hat ein Finanzierungs-Modell entwickelt, das die andauernde Mangelwirtschaft mit der Gartenschere des New Public Management und einem reaktionären Familienbild zu verwalten versucht. Die sieben selbstverwalteten Chindsgis der Stadt Zürich dürften die ersten Opfer des Systemwechsels werden.

## trouvaile

«Die Konsequenzen wären ein zunehmend schöpfungswidriges, gleichgeschaltetes Kollektivmenschentum, in welchem die Frau in ihrer Wesensart überfordert, die Familie weiter vernachlässigt und die Jugendprobleme gesteigert würden.»

HORRORVISION DER ABTREIBUNGSGEGNERINNEN VON «HELFE STATT TÖTEN» VOR DER ABSTIMMUNG ÜBER «GLEICHE RECHTE FÜR MANN UND FRAU» 1981.

Alle reden von Familienförderung. Monika Stocker macht ernst. Was wie eine Wahlkampfparole der serbelnden Grünen klingt, ist in Zürich Realität. Bei Amtsantritt Monika Stockers anfangs der 90er-Jahre gab es in der Stadt Zürich rund 1600 Krippenplätze. Im Jahr 2000 waren es über 2500. Jetzt setzt die resolute Frau zum «grossen Sprung» an. Nächstes Jahr sollen 3000 Plätze zur Verfügung stehen. Ein weiterer Ausbau ist angekündigt.

Seit anfangs Mai liegt der zuständigen Sozialkommission des Gemeinderates eine Weisung vor, die einen 25-Millionen-Rahmenkredit für die Subvention von Krippen und Chindsgis verlangt. Heute gibt die Stadt Zürich 11,7 Millionen Franken für 750 Plätze in den subventionierten Krippen, 600 000 Franken für die Beiträge an die 100 Plätze in den freien Chindsgis und 3,9 Millionen Franken für die Mitfinanzierung von rund 320 der insgesamt 1500 Plätze in den teilsubventionierten, privaten Krippen aus. Gemäss den Planungen des Sozialdepartements sollen die Gesamtausgaben von 16,2 Millionen im Jahr 2001 auf 19,3 Millionen im Jahr 2002 steigen. 5,7 Millionen Franken des Rahmenkredits sind für einen späteren Ausbau reserviert. Es ist abzusehen, dass die SVP gegen diesen Ausbau Sturm laufen. Ebenso absehbar ist, dass Monika Stocker eine reelle Chance hat, das zusätzliche Geld in der Volksabstimmung zu erhalten.

Wenn, ja wenn sich der bisher nur hinter vorgehaltenem Mund und in den Leserbriefspalten abzeichnende Widerstand gegen die Umsetzung des Ausbaus nicht deutlicher bemerkbar machen wird. Der finanzielle Ausbau ist nämlich an ein neues Finanzierungsmodell gebunden. Und dieses versetzt die Krippen- und Chindsgi-Szene in helle Aufruhr.

Der in dieser Sache federführende Cheftechnokrat des Sozialdepartements Reto Gugg will – so sagt er – den Wildwuchs der historisch gewachsenen Subventionierungssysteme abschaffen, die «Ungerechtigkeiten» zwischen den voll- und teilsubventionierten Krippen abbauen und die im Gemeinderat als linksradikal, weil aus der 68er- und 80er-Bewegung hervorgegangenen freien Chindsgis, in das neue Modell integrieren. Das an sich löbliche Projekt trägt die NPM-typischen Krankheiten. Man schert Dinge über einen Leisten, die nicht vergleichbar sind, um eine Spar- und Abbaupolitik zu kaschieren, die auf anderem Weg nicht legitimiert werden könnte. Konkret: Subventionen an die einzelnen Betreuungsplätze der Krippen will die Stadt Zürich nur noch ausrichten, wenn beide Eltern berufstätig sind oder Arbeitslosengeld kassieren. Die Krippen und Chindsgis sollen verpflichtet werden, zusätzlich zu den «subventionierten» Plätzen Betreuungsvereinbarungen auf dem «freien Markt» zur Voll-

kostenrechnung abzuschliessen. Ein solcher Platz kostet bei normaler Kostenrechnung 2000 Franken im Monat. Für die Beiträge der Stadt Zürich wird ein Normsatz angewendet, der von minimalistischen Vorgaben ausgeht. So soll das Betreuungsverhältnis (Anzahl Kinder pro Betreuungsperson) von heute 3,5 auf 5 erhöht werden und der Zuschlag für die Betreuung von Kleinkindern soll nur noch bis zum Abschluss des ersten Lebensjahres (bisher 2 Jahre) finanziert werden.

Die Trägerschaften der subventionierten Krippen und der Chindsgis werden derzeit in Einzelabreibungen – man nennt sie auch «Kontraktverhandlungen» – mit dem Abbauprogramm – die Verantwortlichen des Sozialdepartements bevorzugen den Begriff «Umbau» – vertraut gemacht. Die Unruhe ist gross. Auf der Leserbriefseite des Tages-Anzeigers haben sieben Betroffene aus den subventionierten Krippen ihre Kritik formuliert. Mit dem Systemwechsel hätten Eltern, die nicht beide berufstätig seien, keine Chancen mehr. Die Krippen müssen die Zahl der Säuglingsplätze reduzieren, weil die Kosten nicht mehr gedeckt würden. Und der «Verkauf» von Betreuungsplätzen für 90 bis 120 Franken pro Tag sei absolut illusorisch. Kritisch äusserte sich auch die Geschäftsführerin des Schweizerischen Krippenverbandes, Ulla Grob-Menges. Die dem Finanzierungsmodell der Stadt zugrundeliegenden Eckwerte würden verschiedentlich «die Richtlinien und Standards des Krippenverbandes» unterschreiten.

Werden die subventionierten Krippen durch das neue Subventionsmodell in eine neue Abbaurunde gezwungen, so sieht die Lage für die sieben selbstverwalteten, freien Chindsgis ziemlich hoffnungslos aus. Auch sie sollen gezwungen werden, einzelne «Plätze» auf dem freien Markt zu verkaufen. Und: Für Kinder ab 5 Jahren, die eigentlich in die normalen Kindergärten ausweichen können, wird es nur noch halbierte Subventionen geben. Damit wird ein Projekt aus den Angeln gehoben, das den Kindern bis zum Schuleintritt nicht einfach eine Krippe, sondern ein altersdurchmisches und stabiles Beziehungsnetz ausserhalb der Familie bieten will. Solche Ideen macht der Rasenmäher des Sozialdepartements platt – auch wenn das betriebswirtschaftlich ein völliger Schwachsinn ist. Ein Chindsgisplatz kostet die Stadt Zürich dank Gratisarbeit der Eltern, die gemäss dem Konzept der freien Chindsgis Betreuungsaufgaben übernehmen, 6000 Franken im Jahr. Die Plätze in subventionierten Krippen hingegen rund 14000 Franken. Dass ein solches Modell nicht aufrecht zu erhalten ist, wenn alle Eltern arbeiten und einzelne Plätze auf dem «freien Markt» verkauft werden müssen, sollte Monika Stocker als Spezialistin für «Freiwilligenarbeit» eigentlich einleuchten.

Aber nichts von dem ist der Fall. In den Kontraktverhandlungen stellen sich Reto Guggs Getreue stur. Ob die freien Chindsgis den Systemwechsel überleben werden ist offen. Der Power der GründerInnen-Generation, den Behörden die Stirn zu zeigen, ist verfliegen. Die Eltern, die die sieben Einrichtungen tragen, werden pragmatische Lösungen für ihre eigenen Kinder suchen. Der Mangel an neuen Eltern wird – wie das bei der letzten Änderung des Finanzierungsmodells bereits mit der Gigelisuppe geschehen ist – die Chindsgis über kurz oder lang zur Aufgabe bewegen. Womit die SVP erreicht hätte, was sie immer wollte...

Wenn, ja wenn sich die Krippen und Chindsgis nicht zusammenschliessen und Druck machen. Wären sie besser organisiert, könnte Reto Gugg mit seinem neuen Finanzierungs-Modell, das er den Freisinnigen abgekupfert hat, einpacken. Diese Freisinnigen haben nämlich längst klagelastig, dass nur die Familien Anspruch auf einen Krippenplatz haben sollen, die aus beruflichen und finanziellen Gründen auf einen solchen angewiesen sind. Dieses reaktionäre Familienbild, kombiniert mit den Ansprüchen der Wirtschaft, die mehr billige weibliche Arbeitskräfte im Tieflohnbereich einsetzen will, bedient die neue Krippenpolitik des Zürcher Sozialdepartements. Mit Emanzipation hat das nichts zu tun.

## 1. Juni

Streik im Basler Kantonsspital. So wie in Zürich und Bern, wurde bisher auch in Basel auf dem Buckel des Pflegepersonals gespart. Da gleichzeitig die Spitalbetten und Pflegedienste abgebaut wurden, konzentrieren sich die Kranken im Kanton jetzt auf weniger Spitäler und sind diese dauernd überbelegt und das Personal überbelastet. Dagegen hat das Personal jetzt mit einer Protestaktion auf der Notfallstation protestiert. Es fordert nicht nur bessere Löhne, sondern auch mehr Personal, mehr Pflege- und Langzeitbetten, Herausnahme der Notfallbetten aus der Spitalplanung, Aufstockung der Akutbetten und vor allem eine effizientere EDV für die Belegungsplanung.

Aus für Frauenbuchladen. Feminismus ist – auch bei Frauen – offenbar nicht mehr gefragt. Der Zürcher Frauenbuchladen, der im September fünfundzwanzig geworden wäre, hat Konkurs angemeldet.

## 2. Juni

Esther Maurer als Vorbild. Die «Zürcher Methode», gegen Demonstranten mit Massenverhaftungen vorzugehen, macht in der Schweiz offensichtlich Schule. In Bern wurden bei einer Kundgebung gegen die Schliessung einer Notschlafstätte für Jugendliche 116 Personen verhaftet. Doch während in Zürich die Medien die gewalttätige Massenverhaftung bejubelten, wurde in Bern das Vorgehen der Polizei kritisiert. Darauf reagierte die Berner Polizeichefin Ursula Begert wie ihr Zürcher Vorbild: «Der Polizeieinsatz war verhältnismässig!»

## 3. Juni

Spital-Warnstreik in Langenthal und Herzogenbuchsee. Im Mai protestierte das Putzpersonal mit einem Warnstreik gegen die Vergabe des Putzdienstes an die ausländische Reinigungsfirma ISS, da diese das Personal nur zu einem knapp 20 Prozent gekürzten Löhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen übernehmen wollte. Der Streik hatte insofern Erfolg, als die ISS sich schliesslich bereit erklärte, das Personal zu den bisherigen Löhnen weiterzubeschäftigen, für neues Personal gelten aber erheblich schlechtere Arbeitsbedingungen. Der geforderte Verzicht auf die Fremdvergabe der Reinigung konnte nicht durchgesetzt werden, obschon die Reinigungskosten jetzt höher sein werden. Die Begründung die leitenden Oberärzte, von denen es drei zu viel gibt, waren nicht bereit, Lohnkürzungen in Kauf zu nehmen.

## 7. Juni

Dumdum-Munition für Schweizer Polizei. Der eidgenössische Waffenkonzern Ruag hat Munition entwickelt, das gemäss Haager Konvention verboten ist. Dieses Verbot gilt aber nur für den Krieg und nicht für die Polizei. Diese neue Munition bleibt eher stecken, dringt weniger tief ein und zerstört mehr Gewebe, weil sie sich bei Aufprall schneller verformt. Dass das vor allem die Tötungsrate erhöht, nimmt die Polizei in Kauf, weil die bisher gebrauchte Munition eine «mangelhafte Mannstoppwirkung» gehabt habe.

## 9. Juni

Fluglärm-Demo in Basel. Mehr als 2000 Personen haben beim Basler Flughafen eine bessere Einhaltung des Nachtflugverbots verlangt und die Verteilung der Lärmbelastung auf alle Regionen. Genau gleich wie in Zürich, so wird auch in Basel der Fluglärm auf die ausländische Umgebung verteilt, damit die Basler Nobelquartiere verschont bleiben.

## 10. Juni

Privatisierungsschlappe 2 in Zürich. So wie in der Stadt, wurde jetzt auch im Kanton die Privatisierung der Elektrizitätswerke abgelehnt. Trotz gewaltiger Werbekampagne und pompösen Versprechen ging der Versuch, öffentliche Dienstleistung gewinnbringend an Private zu verschern, in die Hose.

Zuger Bürgerliche müssen weiter mit Sozialisten regieren. Zum zweiten Mal ist der Versuch der CVP, in Zug für die Regierungswahl das Proporz- durch das Majorzsystem zu ersetzen, gescheitert. Was die Bürgerlichen einst zum Schutz der Interessen ihrer Clientele eingeführt hatten, nützt heute den kleineren Parteien. Dank Proporz wurde 1990 Hanspeter Uster von der Sozialistisch-Grünen Alternative in die Regierung gewählt und 1998 ein SVP-Vertreter. Da Uster als Polizeichef gut ankommt, haben die Stimmbürger das CVP-Manöver bachab geschickt.

## 10. Juni

Schwyz will Reiche und keine Ausländer. Wer eine dicke Brieftasche und grosses Aktienportefeuille vorzeigen kann, ist in Schwyz, namentlich den Gemeinden von Ausserschwyz, jederzeit willkommen. Das Gegenteil gilt für alle, die einen Namen tragen, der irgendwie ausländisch tönt. Die Milliardärs- und Millionärsplantagen am oberen Zürichsee haben 20 von insgesamt 36 Einbürgerungsgesuchen abgelehnt.

## Genua: Widerstand geht weiter

In Basel und Zürich kam es im Rahmen von den europaweiten Protestaktionen gegen das Vorgehen des italienischen Staates während des G8 in Genua zu Kundgebungen vor dem italienischen Konsulat. Zur Protestkundgebung hatte die Schweizerische Sektion von Rifondazione Comunista und die Partei der Arbeit aufgerufen. In einer Resolution forderten die Demonstrierenden die Konsulatsangestellten auf, ihre Arbeit «als Zeichen der Menschenwürde und der Trauer» für fünf Minuten niederzulegen. In Basel wurde eine Dreierdelegation vom italienischen Generalkonsul Mescolini empfangen und nahm die Forderungen entgegen. Dieses Recht wurde den DemonstrantInnen in Zürich durch die Vizekonsulin Mele nicht zugestanden. Sie unterstrich zwar die Wichtigkeit des gegenseitigen Dialoges, weigerte sich aber gleichzeitig, eine Delegation zu empfangen, weil die DemonstrantInnen ihrer Wut über den Tod von Carlo Giuliani mit den Rufen «Assasini, Assasini» (Mörder) freien Lauf liessen. Dies sei ein Aufruf zur Gewalt und mit solchen Leuten brauche sie nicht zu sprechen. Die Arroganz von Mele war auch während des kurzen Wortaustausches vor dem Konsulat beschämend, bestätigte aber diejenige der Regierung Berlusconi. In allen grösseren Städten Italiens gingen gleichzeitig insgesamt gegen 200 000 Menschen für Demokratie und gegen den Polizeistaat auf die Strasse.

FÜR WEITERE AKTIONEN UND VERANSTALTUNGEN SIEHE SEITE 6.